

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Die „Reform“ der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung.

V.

Die Hinterbliebenenfürsorge soll sämtlichen Personen zugewendet werden, die auf Grund der Versicherungspflicht, der Selbstversicherung oder der Weiterversicherung der Invalidenversicherung unterstellt sind oder durch den Entwurf neu unterstellt werden. In diesem Umfange soll nach der Absicht des Entwurfs die neue Versicherung auch manchen Kreisen des Mittelstandes zugute kommen, vor allem denjenigen selbstständigen Gewerbetreibenden und Betriebsunternehmern, die früher unversichert und, abgesehen von der älteren Generation, invalidenversicherungspflichtig gewesen. Auch die vor ihrer Verehelichung versicherungspflichtig gewesenen Ehefrauen kommen hier in Betracht.

Fürsorgeberechtigt sollen nach dem Entwurf sein die Hinterbliebenen von verstorbenen Versicherten, welche die Vorbedingungen für die Invalidenrente erfüllt bzw. die Wartezeit für die Invalidenrente zurückgelegt haben. Für die Selbstversicherer wird eine verlängerte Wartezeit nicht eingeführt.

Ist der Tod des Ernährers durch einen Unfall herbeigeführt, so soll ein Anspruch auf Hinterbliebenenbezüge nur insoweit bestehen, als die zu gewährenden Bezüge die gewährte Unfallrente übersteigen.

Nach Umfang und Höhe geht die Hinterbliebenenfürsorge nicht so weit wie die Versorgung, welche die Unfallversicherung den Hinterbliebenen der durch Unfall getöteten Arbeiter gewährt. Lässt sich das rechtsergänzende Wit' beantworten diese Frage mit einem entschiedenen Nein. Die Begründung meint: bei der Unfallversicherung rechtfertigt sich eine höhere Fürsorge, weil der Tod „nicht im gewöhnlichen Verlaufe der Dinge“, sondern als Folge eines bestimmten Vorkommnisses in der Betriebsarbeit eingetreten sei, für das den Hinterbliebenen eine „Art von Entschädigung“ zugebilligt werde. Bei der Hinterbliebenenversicherung aber solle der Frau und den Kindern, die den Ernährer „nach allgemeinem Menschenschicksal“ verloren haben, nur eine Beihilfe im Witwen- und Waisenstande gesichert werden.

Das ist ja ein ganz haltloser Vergleich. Die „höhere Fürsorge“ durch die Unfallversicherung ist doch auch nur eine durchaus unzulängliche. Im Hinblick auf diese „Fürsorge“ die für die Hinterbliebenen niedriger zu bemessen, das geht vernünftigerweise nicht an. Und weiter: für die starke Mehrheit der Arbeiter, die Frau und Kinder zurücklassend in Armut und Not, sterben, trifft es nicht zu, daß sie „nach allgemeinem Menschenschicksal“ ihrer Familie verloren gehen. Sie sind ebenso die Opfer des kapitalistischen Ausbeutungssystems, wie die, welche durch Betriebsunfall zu Tode kommen. Uebermäßige Arbeitsleistung unter dem Druck der Entbehrung, der Not, des Elends; Verwüstung ihrer Arbeitskraft im Dienste des Kapitalismus und schlechte Lebenshaltung überantworten sie frühem Siedtum und Tod. Die große Mehrzahl der Arbeiter erleidet nicht das natürliche allgemeine Menschenschicksal; nein, sie trifft das Schicksal ihres Berufes und ihrer Klasse.

Es kommen bei der Hinterbliebenenfürsorge in Betracht: die Witwenrente bzw. das Witwengeld und die Waisenrente bzw. die Waisenaussteuer. Wegen der „Höhe der erforderlichen Mittel“ will der Entwurf die neue Versicherung auf die „Befriedigung der dringendsten Fürsorgefälle“ beschränken. Aus dem Umstande, daß der Schwerpunkt der Belastung die

Ansprüche der Witwen bilden, folgert die Begründung, daß bei ihnen die „gebotene Beschränkung“ einzusetzen habe. Erwerbsfähige und erwerbsunfähige Witwen werden verschieden behandelt. Nur für erwerbsunfähige Witwen wird ein unbegrenztes Fürsorgebedürfnis anerkannt. Von der kinderlosen erwerbsfähigen Witwe wird vorausgesetzt, daß sie mindestens in dem gleichen Umfange tätig zu sein vermag wie die lebige weibliche Person. Auch die erwerbsfähige Witwe mit Kindern wird einer laufenden Fürsorge dann nicht mehr dringend bedürftig erachtet, wenn die Kinder erwerbstätig geworden sind. Eine Fürsorge für Witwen, welche noch erwerbsfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes sind, nimmt der Entwurf nicht in Aussicht.

Die Witwenrente erhält hierdurch die engere Bedeutung einer Witweninvalidenrente. Als invalide gilt die Witwe, die nicht instande ist, durch eine Tätigkeit, die ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art und ähnlicher Ausbildung in der gleichen Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Für den Fall, daß die Voraussetzungen für die Ansprüche auf die Invaliden- und die Witwenrente zusammentreffen, wählt der Entwurf den „Ausgleich“, daß die Witwenrente nicht zur Auszahlung gelangt und der beitragszahlenden Witwe beim Tode des Mannes eine einmalige Barzahlung in Gestalt eines „Witwengeldes“ gewährt wird.

Als Ergänzung zum Witwengeld schlägt der Entwurf eine einmalige Zuwendung an die Waisen vor, die „Waisenaussteuer“, die bei der Schulentlassung der Waisen gewährt werden soll, „weil dann das Bedürfnis, über bare Mittel zu verfügen, für die Familie noch besonders fühlbar wird“.

Waisentrennten sollen erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters die hinterlassenen ehelichen Kinder unter fünfzehn Jahren und die hinterlassenen vaterlosen Kinder einer weiblichen Versicherten. Nach dem Tode einer versicherten weiblichen Person, die den Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, soll bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit den hinterbliebenen ehelichen Kindern unter fünfzehn Jahren ein Anspruch auf Waisenrente und dem hinterlassenen Witwer ein Anspruch auf Witwenrente zustehen.

Im Falle der Wiederverheiratung fällt die Witwen- und Witwenrente weg, und zwar ohne daß — wie es nach den Vorschriften der Unfallversicherung geschieht — dem Wiederverheiratenden eine Abfindung gewährt wird. Die Begründung setzt voraus, „daß invalide Witwen und Witwer nur dann eine zweite Ehe eingehen werden, wenn sie die Aussicht haben, ohne eine Zuwendung aus allgemeinen Mitteln die Kosten des Haushalts zu bestreiten“.

Der Reichszuschuß soll betragen: M. 50. jährlich zu jeder Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwenrente; M. 50 zu jedem Witwengeld; M. 25 jährlich zu jeder Waisenrente und M. 16 $\frac{2}{3}$ zu jeder Waisenaussteuer.

Der Entwurf berechnet nach einer Verteilung der Versicherten über die einzelnen Lohnklassen die Höhe der Leistungen, wie sie sich nach den Sätzen des Entwurfs nach Ablauf der mittleren Aktivitätsdauer (etwa 1763 Beitragsmonaten) mit Ausschluß des Reichszuschußes stellt: 1. Die Invalidenrente M. 274,80; 2. die Witwenrente M. 117,60 oder 42,8 pZt. der Rente zu 1; 3. die Waisenrente beim Vorhandensein

von einer Witwe	M. 58,80	oder	21,4 pZt.	der Rente zu 1
zwei Waisen	89,40		32,5	„ „ „ 1
drei	120,—		43,7	„ „ „ 1
vier	150,60		54,8	„ „ „ 1

von fünf Waisen	M. 181,20	oder	65,9 pZt.	der Rente zu 1
sechs	211,80		77,1	„ „ „ 1
sieben	242,40		88,2	„ „ „ 1
acht	273,—		99,3	„ „ „ 1

Bei acht Waisen ist mit M. 273 die Grenze der Waisenrente erreicht. Auf eine größere Zahl von Waisen wird keine Rücksicht genommen, denn der Gesamtbetrag der an die Waisen einer Familie zu zahlenden Rente soll nach dem Vorschlage des Entwurfs nie höher werden dürfen als die Invalidenrente des verstorbenen Ernährers. Die Begründung glaubt, diese Einschränkung damit rechtfertigen zu können, daß es eine „unbillige Verbesserung der Lage der Familie“ wäre, wenn ihre Glieder nach dem Tode des Ernährers günstiger ständen, als wenn dieser bei Lebzeiten invalide geworden wäre! Die Witwenrente wird auf den Betrag der Invalidenrente des Ernährers nicht mit angerechnet; sie kommt neben der Waisenrente zur Auszahlung, so daß die Hinterbliebenenrenten zusammen das anderthalbfache der Invalidenrente des verstorbenen Ernährers als das Höchstmäß betragen können, dann nämlich, wenn acht Waisen vorhanden sind. Eine erwerbsunfähige Witwe mit vier Kindern würde für sich M. 117 und für die Kinder M. 150, also zusammen M. 267 jährlich oder M. 7 weniger als die Invalidenrente erhalten. Davon sollen eine erwerbsunfähige Frau und vier Kinder „leben!“ Zusammen mit der Witwenrente ergeben die untersten vier Klassen in steigendem Maße nach unten eine Kürzung des Betrages der Invalidenrente; bei einer Witwe beträgt diese Kürzung rund M. 100. So will der Entwurf eine „unbillige Verbesserung“ der Lage der Familie verhüten!

Wer möchte bestreiten, daß diese Hinterbliebenenfürsorge eine durchaus unzulängliche ist?

Wandlungen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

III.

E. In dem Streit zwischen den katholischen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften ist ohne Zweifel die Folgerichtigkeit auf Seiten der letzteren. Denn einmal ausgegeben, daß die Religion auch im Wirtschaftsleben eine Rolle spielt, daß auch die religiös-ethischen Gebote bei der Verfolgung materieller Bestrebungen nicht außer acht zu lassen sind — und auf diesem Standpunkt stehen ja auch die christlichen Gewerkschaften —, dann ergibt sich für den katholischen Arbeiter, für den es keine Religion außer der katholischen geben darf und der in seiner Kirche die Güter der religiös-ethischen Pflichten anzuerkennen hat, von selber, daß er sich in seinen wirtschaftlichen Bestrebungen dieser Kirche unterzuordnen muß. So fordert es der Papst, so fordern es die Bischöfe, und so fordern es ganz folgerichtig auch die katholischen Fachabteilungen. Die christlichen Gewerkschaften geraten mit ihrem Interkonfessionalismus sofort von der Grundlage ab, die sie sich in ihrem Namen und durch die Erklärung, daß sie auf christlichem Boden stehen, gegeben haben. Die Interkonfessionalität ist ein Zugeständnis an die praktische Ueberlegung, daß sie damit größeren Umfang gewinnen, ein Zugeständnis, das nur möglich ist durch die Konstruktion eines besondern Gewerkschaftschristentums, einer „neutralen“ Religion, die es nie gegeben hat und für einen katholischen Arbeiter auch nie geben darf.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich dann die ergründeten Bischöfe wieder zu versöhnen gesucht dadurch, daß

tie in engere Beziehungen traten zu den konfessionellen Arbeitervereinen, daß sie auf Umwegen die Zwecke zu erreichen suchten, die in den katholischen Fachabteilungen erfüllt wurden. Sie machten es ihren Mitgliedern zur Pflicht, den konfessionellen Arbeitervereinen beizutreten, wofür diese es auf sich nahmen, ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen. In den christlichen Gewerkschaften Verfolgung der wirtschaftlichen Bestrebungen, in den Arbeitervereinen Pflege der religiös-sittlichen Ideale — so sollte in getrennten Organisationen das erreicht werden, was die katholischen Fachabteilungen, die Teile des Arbeitervereins sind, in der einen Organisation erreichen: Unterordnung unter den Klerus und die kirchlichen Interessen. Den Arbeitern gegenüber spielten sich die christlichen Gewerkschaften als die selbständigen Organisationen auf, die ihre Angelegenheiten nach Gutdünken selber ordnen und keinen Einspruch von irgendeiner Seite dulden; der Kirche gegenüber wiesen sie hin auf die Pflicht jedes Gewerkschafters, auch dem Arbeiterverein anzugehören und sich dort seiner Glaubenspflichten bewußt zu werden. Daß sie aber auch diese Haltung nicht konsequent durchführten, beweisen die Vorkommnisse auf und nach der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer im August 1908. Dort betonten die Herren Stegerwald, Wieber, Schiffer usw. mit großer Entschiedenheit den Widerspruch und den Gegensatz gegenüber der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften; sie beriefen sich auf die Organisationen anderer Berufsstände, denen von kirchlicher Seite das Recht, sich ohne Rücksicht auf Partei und Glauben zusammenzuschließen, nicht verweigert werde, und Herr Schiffer, der Vorsitzende des Ausschusses vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften, rief den Bischöfen, die den katholischen Arbeitern dieses Recht streitig machen wollen, energisch zu: Bis hierher und nicht weiter! Dann aber, als sich im frommen Lager ein Unmut erhob gegen solchen Frevel, als der Kölner Erzbischof auf dem Düsseldorf-Katholikentage die Verwegenen zur Ordnung rief, da klappten sie zusammen wie die Taschmesser; Herr Schiffer tat erst mündlich, dann in der Zeitung vor den Bischöfen Abbitte und bewies damit, was es mit der „Selbständigkeit“ der christlichen Gewerkschaften auf sich hat.

So sind bis heute die christlichen Gewerkschaften über ihr Verhältnis zur Religion nicht zur Klarheit gekommen, und man kann sagen, daß es bezüglich des Begriffes „christlich“ in Beziehung auf die Gewerkschaftsbewegung viel Auslegungen gibt, wie sich Ausleger gefunden haben. In der Praxis ist festzustellen, daß die Herren Führer gut und gern vor dem Stimmzettel der Bischöfe ihre gewerkschaftliche Selbständigkeit opfern, wie sie auch z. B. in der Dienstbotenfrage die Interkonfessionalität preisgeben und den Gewerkschaften zuliebe sich mit konfessionellen Organisationen, nach Art der Arbeitervereine, begnügen, was alles nicht hindert, daß die Vertreter der Fachabteilungen

Bewegung sich über das „Christentum“ der christlichen Gewerkschaften höchst lustig machen und ihnen den „rechten“ Glauben ebenso entschieden abspreschen, wie man es sonst nur Sozialdemokraten und sonstigen „Klebern“ gegenüber tun kann — der beste Beweis, wofür es führt, wenn man den Unfinn begehrt, religiöse Motive und Ziele auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen. Die Verwirrung, in die man auf christlicher Seite durch ein solches Verfahren gelangt ist, hält natürlich die Deutschen nicht ab, nun erst recht kräftig auf unsere Organisationen zu schimpfen, weil „der Geist, der in der Agitation der freien Gewerkschaften lebt und sich betätigt, dem Christentum feindlich ist“, wie es in einer M.-Glabbacher Schrift* heißt. Dort wird zur Begründung dieses Satzes ausgeführt:

„Man predigt in den freien Gewerkschaften nicht bloß einen berechtigten Klassenkampf, der auch dem vierten Stand zur Anerkennung und zu seinen Rechten verhelfen will, sondern man predigt geradezu den Klassenhaß und den Kampf der Klasse gegen Klasse unter allen Umständen und mit allen Mitteln. Keine rechtlichen Gesichtspunkte, sondern nur Machtfragen sollen dabei entscheidend sein. Der Geist des trafen Materialismus ist sowohl theoretisch wie praktisch durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften stets und ständig verbreitet worden. Der Mangel an gewerkschaftlicher Disziplin, die Oberherrschschaft der Leidenschaft über die ruhige Vernunft, das Unterliegen der Führer unter dem Fanatismus der Massen legen das beste Zeugnis für diesen gewerkschaftlich grundsätzlichen, aber auch unchristlichen Geist innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung ab. Weil christliches Denken und Fühlen einem solchen Materialismus widerstrebt, darum hält sich die Presse der freien Gewerkschaften für berufen, Christentum und Kirche als angebliche Feinde der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Es ist auch bekannt und wissenschaftlich (!) nachgewiesen, daß die Bibliotheken der freien Gewerkschaften eine Reihe antireligiöser Literatur aufweisen und gerade diese am meisten gelesen wird.“

Die edlen, erhabenen und ideal gesinnten Christlichen und die brutalen, auf den Massen- und Klassenhaß ausgehenden, aller menschlichen und sittlichen Regungen unfähigen Sozialdemokraten! Wir wissen, im Eigenlob auf Kosten anderer, auch wenn es noch so sehr stinkt, in der Annahme und Unversöhnlichkeit sind die Christlichen immer voran gewesen und deshalb darf uns auch diese Musterleistung an Selbsterhebung nicht wundern. Wenn die Christlichen wirklich diese Musterexemplen an Gehirnsinn, an Vernunft, an Disziplin und praktischem Vorgehen sind, warum läppern sie sich nach einem Wirken von anderthalb Jahrzehnten denn immer noch mit einer Mitgliederzahl herum, die trotz allem Mühen nicht über das dritte

* „Die freien und die kirchlich-underechten Gewerkschaften.“ M.-Glabbach 1907. Verlag der „Besonderen Arbeiter-Zeitung“.

Hunderttausend hinaus will — ein um so auffallenderes Mißverhältnis, als sie ja doch streiten, im Namen des Christentums, das ja allein schon den Sieg verbürgen soll, auf unsere Organisationen verbanden die Christlichen das höchste Erfolg, das sie sich zurechnen können, nur dem Vorbild der sozialistischen Gewerkschaften, das sie so getreulich befolgt haben; nur dem Klassenkampf, den sie ausüben, weil sie ohne ihn keinen Hund vom Ofen, viel weniger einen Arbeiter in ihre Organisation locken würden; nur dem Umstand, daß sie die Arbeiterfrage nicht vom Standpunkt christlicher Ergebenheit und Bescheidenheit, sondern als Machtfrage auffassen, die sich zugunsten desjenigen Teils entscheidet, der die größte materielle Macht, die stärkste Organisation, die reichste Kriegskasse, die größte Opferwilligkeit, Begeisterung und Eingebung der Mitglieder auf seiner Seite hat. Und wer von den Christlichen nur halbwegs ehrlich sein will, der muß zugeben, daß sie in allen diesen gewerkschaftlichen Erfordernissen unsere Organisationen wie immer, so auch heute noch, als die unerreichten Vorbilder betrachten.

Ob das Christentum ein Feind der Arbeiterbewegung ist, darüber zu debattieren, dürfte sich aus dem Grunde nicht lohnen, weil man sowohl über die religiösen und sittlichen und erst recht über die sozialen Grundfragen und Gebote des Christentums bekanntlich sehr verschiedener Meinung ist, zumal im Lager derer, die vom Christentum recht viel zu besitzen vorgeben. Aber das eine wissen wir, daß das Christentum, das seine Vertretung findet in der heutigen Kirche, der katholischen wie der evangelischen, der Arbeiterbewegung feindlich gesinnt ist und wir müßten schon dumm sein, wenn wir die Vertreter dieses Christentums, wo sie uns im geistlichen oder weltlichen Gewande nur hinüber und schäbigend in den Weg treten, nicht mit derselben Entschiedenheit bekämpfen, mit der sie uns bekämpfen. Und was die antireligiöse Literatur in unseren Bibliotheken betrifft, so sind wir nicht Materialisten genug, um über unsere wirtschaftlichen Bestrebungen die Sorge um die geistige Bildung unserer Mitglieder zu vergessen, wir sind uns der Pflicht bewußt, in etwas die Sünden wieder gut zu machen, die der Klassenstaat am Geist und an der Seele des Proletariats begeht, indem er dem arbeitenden Volke die Möglichkeit verweigert, sich mit den Fortschritten modernen Wissens und Fortschritts vertraut zu machen. Daß wir bei der Auswahl unserer Vorträge und Bibliotheken nicht den Rat beschränken, wenn auch frommer Dunkelmann einholen und unsere Bildungsbestrebungen nicht im Sinne und im Interesse der Kirche gestalten, das mögen die Christlichen für unchristlich, für gewerkschaftswidrig halten. Wir lassen uns dadurch nicht abhalten in dem Bestreben, unsere Mitglieder zu freien und denkenden Menschen zu ziehen, und wie ein Vergleich der Mitgliederzahl unserer mit der der christlichen Organisationen beweist, sind wir dabei auf dem rechten Wege.

Maurerjöhne.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß das Genie ebensogut seinen Ursprung und Sitz in der ärmlichsten Arbeiterkammer als im prunkvollen Fürstenthum haben kann. Die Zeiten, wo der Menschlichen Unsterblichkeit und Talent gleichsam als ein Göttergeschenk der Hoch- und Reichgeborenen ansah, sind längst abgetan, solche Anschauungen spuken höchstens noch in den blöden Hirnen selbstlicher Junkeradel zum Ergötzen der Zeitgenossen herum. Gerade das letzte Jahrhundert hat es so schlagend bewiesen, daß Allmutter Natur bei der Verteilung ihrer Gaben nicht nach Stand und Stammbaum fragt, sondern in verschwenderischer Fülle die Richtungen des Geistes allenthalben unter ihre Kinder verteilt. Doch die Dämonen der Finsternis, deren Dämon durch die Verdrängung der Sonne ermöglicht wird, haben bislang ihr möglichstes getan, um die Reime und Anregungen, die in intelligenten Arbeiterköpfen wohnen, mit einem starren Verstandes zu verdecken, daher kommt es, daß nur so selten ein Proletarier seinen Geistesflug zur Höhe richten kann und der Nachwelt Zeugnis von den Schöpfungen des Hirns und der Hände eines der Pariahs der menschlichen Gesellschaft bleibt.

Wo aber der Himmelstempel so vermocht hat, daß im wüsten Dörfchen das Welttrübsal doch ein Stern entzündet ward und sich unter Rot und Mühsal behauptete, da leuchtet und strahlt dieser hinüber in ferne Zeiten und Geschlechter, so daß er die fernsten Generationen mit seinem goldenen Lichtglanz erheitert.

Auch aus dem fernsten und anscheinend so poesilosen Maurerberuf sind Geister herabgegangen, deren Namen und Schaffen unsere Kollegen zum Teil fremd sein dürfte. Aber immerhin dürfte es uns interessant genug unsere Referten gestalten vorzuführen, deren Vater und Arbeiter frohlich, oder auch in banger Sorge uns liebe Brot die Helle schenken, während sie selbst später auf ihren Gebieten vollendete Künstler waren. Und wahrlich, es sind nicht die schlechtesten, deren ererbtes Blut einst in ihrer Vater Adera auf schwindelnden Mauergerästen in freier, freier Luft pulsierte.

Drei Namen wollen wir nennen, die, vielleicht schon halb verblaßt, manchen von uns noch aus der Schulzeit herübertragen, oder deren Bekanntheit wir später im Journal gemacht haben.

Als der arme Maurerjöhne Gebel in Wesselsbüren im Dittmarschen Sommer und Winter für seine zahlreiche Familie, unter den größten Entbehrungen bei tagem

lohn das Brot verdienen mußte, wird er gewiß nicht geglaubt haben, daß die Nachwelt einst in seinem Sohne Friedrich den größten deutschen Dramatiker ehren wird. Friedrich Gebel, den wir hier zuerst vor uns haben, wurde im denkwürdigen Jahre 1813, am 18. März geboren. Die ganze beschränkte Einnahme eines Maurerjöhns war der erste Einbruch, den der Knabe bekam. Drückende Sorge lastete auf den Schultern des Vaters, und die Bilder, die der kleine Friedrich von den Eltern in sich aufgenommen hatte, waren nicht immer die besten gewesen. Wir kennen sie alle, diese Bilder; trotzdem wir einem späteren Geschlecht entwandten sind, so können die meisten von uns das selbe Mitleid als Erfahrung anstimmen, dessen Melodie darin spielt, daß infolge der Arbeitslosigkeit, zumal im Winter, das Verhältnis zwischen den beiden Eltern sehr oft sehr traurig war, und vor den Augen der Kinder sich manchmal Dinge abspielten, deren wir noch nach Jahren mit Schmerz gedenken. Friedrich Gebel hat dieser Kinderzeit in seiner Selbstbiographie „Aus meiner Kindheit“ ein Denkmal gesetzt, dessen Zeltüre man nur warm empfehlen kann; es klingen gar so viel verwandte und bekannte Töne zu uns herüber. Mit vierzehn Jahren wurde der kleine Maurerjöhne Schreibergeselle, was damals ein sehr gering geschätzter und verpöhter Beruf war. Nachdem aber einige Gönner auf sein Talent, welches sich in Gedichtversuchen äußerte, aufmerksam geworden waren und er inzwischen dank glücklichen Umständen seine Bildung bereichert hatte, schuf er mit 28 Jahren sein Erstlingswerk „Judith“, von dessen dramatischer Selbständigkeit und Eigenart einfach alle Welt überstrahlt war. In seinen späteren Jahren übertraf er noch sein Erstlingswerk. Seine „Maria Magdalene“, „Mutter und Kind“, „Gegensatz und sein Ring“ und die bekannte Wibelungsentzweiung sind ununterbrochen Meisterwerke, von deren Größe Zeitgenossen und Nachwelt einfach überwältigt waren. Längst ist der Maurerjöhne aus Wesselsbüren gestorben, die Nachwelt steht bewundert und erschüttert zugleich vor seinem literarischen Erbe, aber nur wenige Augenblicke darauf, daß sein Vater mit der Helle hantierte, und am allerwenigsten wissen es die Proletarier.

Am 18. September 1806 wurde Heinrich Raube in Sprottau in Schlesien geboren. Auch dessen Vater hantierte mit Helle und Mörtel, doch ward dem Sohne später das Studium ermöglicht. Heinrich Raube stellt als Künstler nicht so erhaben vor uns als Gebel, aber ein Talent war auch er. Als Publizist, Theaterkritiker und Romanschreiber hat er sich einen geachteten Namen erworben. Näher und vorbildlicher steht er uns jedoch als revolutionärer Kampfgenosse und Politiker. Schon während

seiner Studienjahre war er wegen Sympathisierens mit der französischen Julirevolution ausgewiesen worden. Das war 1835 in Sachsen, worauf er in Berlin neun Monate hinter schwebenden Gittern zubringen mußte. Er gehörte zu jenen feurigen sogenannten „jungen Deutschland“, über dessen Schriften der Bundesrat 1835 die Zensur verhängte, bis das Volk dreizehn Jahre später den Damm brach und die Werte frei machte. Das Wiener Burgtheater, dessen Direktor er war, brachte er zu hoher Blüte, und auch als Dramatiker nimmt er einen geachteten Platz ein. 1848 war er Vertreter in der bekannten Deutschen Nationalversammlung.

Der Dritte, dem wir hier Raum geben, hat einst selbst als biederer Maurerjöhne die Helle geführt, sie dann aber später nicht mit der Feder, sondern mit dem Pinsel und der Palette vertauscht. Franz Leubach wurde am 13. Dezember 1836 zu Schönbühnen in Bayern geboren. Als Knabe hatte er viel die Gelegenheit in hohen gotischen Kirchen herumzuwandern, und das durch die bunten Scheiben dringende Sonnenlicht, das feenhafteste Mosaik auf die hohen Giebeln und Fensterlücken warf, zu bewundern.

Wer von uns hätte sich nicht auch schon an solchem erhabenen Spiel erbauet und sein Herz beim Anblick alter Kunstschätze höher schlagen geführt. Denn: trotzdem wir den Zwecken jener Schöpfungen, als im Klassenkampf gereifte Männer unserer Zeit, fernstehen, bewundern wir doch die künstlerische Gestaltungskraft alter Meister und beweißen gern ein Viertelstündchen in der Betrachtung eines gotischen oder romanischen Kunstwerkes, in dessen majestätischer Stille es wie Genesung und Frieden in unsere Seelen zieht. Auf Anregung eines Vaters hatte Leubach zum Pinsel gegriffen und es nach kurzer Übung bald in seinem Heimatdorf zu einer künstlerischen Fertigkeit gebracht. Später widmete er sich dem Studium der alten Meister, besonders Membrants, und bildete sich in Italien und Spanien zum erstenmaligen Porträtkünstler heran. 1860 wurde ihm die höchste wissenschaftliche Ehre zuteil, indem er als Lehrer an die Kunstschule nach Weimar berufen wurde. Er gilt als die größte deutsche Porträtmaler, und heute gibt es keine öffentliche Galerie, in der nicht ein Werk des ehemaligen Maurerjöhns von der Mittwelt bewundert würde. Er starb als Professor in Bayern.

Das sind die, die auf der Menschheit Höhen wandeln und deren kulturelle und künstlerische Schöpfungen bis in die fernsten Geschlechter hineinragen. Spröhlige und Maurerjöhne, in deren Köpfen sich später das Weltall kristallisierte. Josef Rißke.

Politische Umschau.

Die Erhebung der „Reichsfinanzreform“. — Die neuen Steuern. — Billige Unterwerfung der Regierung unter den neuen Block. — Verschlechterung der Besoldungsvorlage durch den neuen Block. — Herabsetzung der Gehaltszuschüsse für die unteren und mittleren Beamten; keine Erhöhung des Solbes der gemeinen Soldaten!

Das große nationale Werk der Reichsfinanzreform ist nun endlich vollbracht. In der verflochtenen Woche hat der schwarz-grüne Block den Rest der Steuerentwürfe durchgeprüft. Sonnabend, den 11. Juli, fand der mehr als achtmalige parlamentarische Kampf seinen Abschluß mit dem Siege der neuen Mehrheit.

Bei der Vorlage über das Erbrecht des Staates machten sie wieder „ganze Arbeit“. Die Regierungsbereiter beschränkten die billige Zurückhaltung. Nicht mit einem Worte traten sie für die eigne Vorlage ein. Ja, Herr Scharf trieb die Unterwerfung vor der Mehrheit so weit, daß er gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Ulrich polemisierte, der namens seiner Fraktion für die Regierungsvorlage gesprochen hätte! Das ganze Gesetz wurde mit 191 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Es ist tiefbedauernd für die Regierung, daß sie, wenn sie doch einmal dem neuen Block zuliebe auf das Gesetz verzichtet hätte, nicht einmal den Mut fand, ihre Vorlage zurückzugeben.

Auch der Weinsteuereinstwurf der Regierung wurde abgelehnt. Für die Mehrheit waren dabei agrarische Interessen maßgebend, während die Sozialdemokraten diese Steuer grundsätzlich ablehnten, weil sie indirekt. Dagegen wurde eine starke Erhöhung des Einfuhrzolles auf Schaumwein mit 200 gegen 175 Stimmen angenommen, obgleich von sozialdemokratischen und liberalen Rednern sowie auch vom Regierungsbereiter sehr nachdrücklich auf die Gefahr hingewiesen wurde, daß sich Frankreich für den Sektzoll durch Einführung höherer Zölle für den Wein, von denen besonders unsere Textilindustrie betroffen würde, revanchieren könnte. Wenn man sich dem gegenüber darauf beruft, der Sektzoll sei eine Art „Luxussteuer“, die die Besten treffen, so ist das demagogischer Humbug.

Die Steuerdebatte wurde unterbrochen durch die Beratung des Handelsvertrages mit Venezuela. Bei dieser Gelegenheit brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen die größte Mißachtung des Fremdenrechts durch die preussische Regierung zur Sprache. Er wies unter anderem hin auf die entgegen den mit anderen Ländern geschlossenen Verträgen für fremde Arbeiter erlassenen Vorschriften wegen Lösung von Aufenthaltslizenzen. Herr von Bethmann-Hollweg bezeugte diesen der Regierung höchst unangenehmen Auseinandersetzungen mit der Erklärung, es sei selbstverständlich, daß die in den Verträgen den beiderseitigen Staatsangehörigen zugestandenen Rechte nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeiter gälten. Für die ungerechte Praxis der preussischen Regierung hatte er trotzdem kein Wort des Tadelns.

Im weiteren Verlaufe der Steuerverhandlungen gab der neue Block die von der Regierung für unannehmbar bezeichneten Forderungen, betreffend die Mähdumfahrssteuer und die Kohlenabfuhr, preis.

Abgelehnt wurde sodann nach den Beschlüssen der Kommission das Elektrizitäts- und Gassteuergesetz und das Anzeigensteuergesetz. In namentlicher Abstimmung fand die Besteuerung der Zündwaren, nachdem ihr von sozialdemokratischer Seite scharf opponiert worden war, mit 179 gegen 165 Stimmen Annahme. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die durch dieses Gesetz, das einen Anstieg der Produktion um mindestens 25 pSt. bringen wird, arbeitslos werdenden Arbeiter der Zündholzinindustrie aus den Erträgen der Steuer zu entschädigen, wurde mit 194 gegen 192 Stimmen abgelehnt.

Die vom Steuerblock vorgelegenen Belastungen des Schenk- und Effektenverkehrs mit einem Stempel wurde vom Abgeordneten Singer namens der sozialdemokratischen Fraktion energisch bekämpft. Es ist plumper Schwindel, diese Steuern als Befreiungen zu bezeichnen. Sie treffen in Wahrheit den Verkehr und belasten hauptsächlich auch die Masse, der kleinen Gewerbetreibenden, die auf den Schenkverkehr angewiesen sind. Taub gegen alle berechtigten Einwendungen nahm die Mehrheit mit 217 gegen 184 Stimmen den Schenk- und Bantquittungsstempel an.

Die Regierungsvorlage wollte die Fahrkartensteuer beseitigen. Der neue Block aber hielt mit 208 gegen 137 Stimmen an dieser verkehrswirtschaftlichen Steuer fest.

Die dritten Lesungen des Brauereisteuer-, des Tabaksteuergesetzes und des Branntweinsteuergesetzes erfolgten in einer Sitzung vom achtundzwanzigsten August am 9. Juli. Die Mehrheit verfiel sich in der Debatte sehr referiert. Die Sitzung wurde vornehmlich durch Ausführungen der sozialdemokratischen Redner ausgefüllt. Sie gingen mehrmals mit der Mehrheit und der Regierung scharf ins Gericht und legten die schweren Nachteile einer Erhöhung der Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer dar. Natürlich ohne auf den neuen Block und die Regierung Eindruck zu machen. Die neue Belastung wurde in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Vorschlag der Sozialdemokraten, einen Teil der durch die Branntweinsteuer aufzubringen Summen

zur Bekämpfung der Trunksucht zu verwenden, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Freisinnigen abgelehnt! Bis jetzt sind definitiv folgende Steuern bewilligt:

	Bermuteter Ertrag
Grundstückübertragungen	40 Mill. Mark
Geldkörper	20 „ „
Kaffee- und Ziegell	37 „ „
Briefstempel	2 „ „
Bier	100 „ „
Tabak	43 „ „
Branntwein	80 „ „
Schaumwein	5 „ „
Zündwaren	25 „ „
Auflagen über Sekt	20 „ „
Kurs- und Effektenstempel	22 1/2 „ „
Lottersteuer	27 1/2 „ „
Erhöhung der Matricularbeiträge	25 „ „
	447 Mill. Mark

Es bleiben erhalten die Fahrkartensteuer mit 90 Millionen und die Zundersteuer in bisheriger Höhe mit 55 Millionen. Das wären alles in allem 500 Millionen, die von der Regierung verlangt werden. Sie steht allerdings nur erst auf dem Papier. Ob sie in Wirklichkeit vereinnahmt werden wird, bleibt abzuwarten. Relativ am sichersten ist jedenfalls die Einnahme aus den Steuern auf die allgemeinen Verbrauchsartikel; diese Steuern bekommen die Volksmassen voll zu tragen. Die ihnen aufgebürdete Last der Zölle und indirekten Steuern hat sich nummehr von rund M. 1255 000 000 auf M. 1607 000 000, also auf über anderthalb Milliarden Mark, erhöht. Daneben steht die weitere Erhöhung und Verneuerung der Verkehrssteuer, aber keine wirkliche Befreiung. Dem „nationalen Interesse“ soll die „Reichsfinanzreform“ dienen. Und dies wird erreicht durch eine neue schwere Schädigung der Arbeiterklasse, des Mittelstandes, des Handels, Verkehrs und Gewerbes.

Zu Beginn der Sitzung am Sonnabend (10. Juli) gab der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg die Erklärung ab: Durch die gefassten Beschlüsse werde zwar der Gesamtertrag an Steuern gedeckt. Aber in der Aufbringung der Mittel sei der Reichstag den Vorschlägen der verbündeten Regierungen nur zum Teil gefolgt. Doch seien die verbündeten Regierungen einmütig entschlossen, die Finanzreform auf der nun gegebenen Grundlage zur Verabschiedung zu bringen. Für diesen Beschluß seien sachliche nähere Berechnungen bestimmend gewesen. „Die Stellung der verschiedenen Parteien zu den einzelnen Steuervorlagen bietet keine Gewähr dafür, daß die Finanzreform später oder unter veränderter Zusammensetzung des Reichstages in einer die Bedürfnisse des Reiches besser befriedigenden Gesamteinführung überhaupt zustande kommen würde. Die Verabschiedung würde also nicht bloß die Finanznot des Reiches auf Monate verlängern, sondern das ganze Werk ins Ungewisse stellen.“

Herr Bethmann-Hollweg behauptet schließlich: Der Zwang, die Einnahmen des Reiches zu befestigen, sei von der ganzen Nation anerkannt. Allerdings, aber die erdrückende Mehrheit der Nation ist empört über die Art, wie diese „Befestigung“ geschieht. Es ist nicht wahr, daß, wie der Staatssekretär meint, mit dieser „Finanzreform“ dem Vaterlande ein Dienst geleistet ist. Eine neue schwere Verunsicherung am Volk wird begangen! Und die wird gewiß sich rächen!

Der neue Block hat noch eine andre „große“ Leistung vollbracht. Er hat in der Budgetkommission die Besoldungsvorlage, die den Reichsbeamten, den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften des Heeres eine Aufbesserung bringen soll, erheblich verschlechtert. Ein „Fürsorgegesetz“ sollte es sein. Die Kosten waren für 1908 für die Beamten auf M. 43 869 508 und für 1909 auf M. 46 527 000 berechnet, für Offiziere und Unteroffiziere des Heeres und der Marine betragen die Aufbesserungen M. 11 546 510 respektive M. 11 699 000. Der Mehrbedarf für den Pensionsfonds betrug M. 1 831 000 und die Erhöhung der Besoldung der Mannschaften, die erst für das Jahr 1909 vorgesehen war, M. 13 496 000. Hierzu kamen noch M. 3 983 633 aus der Übernahme der Kosten für das Putzzeug für Heer und Marine und die Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten und Offiziere um M. 18 832 693 resp. M. 20 245 000 im Jahre 1909. Insgesamt wurde der durch die gesamte Maßnahme erforderliche Mehraufwand für 1908 auf M. 75 418 000 und für 1909 auf M. 99 442 119 geschätzt.

Der Block hat zwar die Aufbesserungen für die h. h. Herren und einen Teil der mittleren Beamten bestehen lassen, die für die unteren und einen großen Teil der mittleren Beamten aber erheblich herabgesetzt. Die Hauptleidtragenden sind die unteren und mittleren Postbeamten. So sind die Briefträger um M. 100, die geborenen Unterbeamten um M. 200 und die Postkinder um M. 300 verschlechtert worden, entgegen den Erklärungen, die der Reichstag wiederholt mit großer Mehrheit abgegeben hat, wonach gerade diese Beamtengruppen einer weitergehenden Aufbesserung bedürften! Und die Erhöhung der Besoldung der gemeinen Soldaten hat die neue Mehrheit ganz und gar abgelehnt! Die Offiziere aber haben eine bedeutende Aufbesserung erhalten. Dem gemeinen Soldaten den jammervoll färglichen Sold zu erhöhen, dazu ist augenblicklich kein Geld vorhanden!

Es steht leider zu erwarten, daß die Beschlüsse der Mehrheit der Kommission auch im Plenum Annahme finden. Nach Erledigung der Besoldungsvorlage sollen noch einige Wahlprüfungen vorgenommen werden. Und dann wird entweder der Schluß der Session oder die Verlegung des Reichstages bis zum Herbst erfolgen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

Schleswig-Holstein:

Apenrade (Streik), Eutin (Sperre über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), Oldesloe (Sperre über Meyer aus Segeberg);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Lübbchen (Sperre über das Kaliwerk);

Brandenburg:

Bad Schönfließ (Aussperrung), Lehnin (Sperren über Koeber, Horn, Jacob in Lehnin und Wendt in Götz), Fürstenwalde (Sperre über Patzel bei den Arbeiten der Firma Pintsch), Berlin (Differenzen im Putzergewerbe);

Pommern:

Pyritz (Streik), Trepow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), Bärjagen a. R. (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperre über Peters in Lütensdorf), Swinemünde (Sperre über den Kirchenneubau in Ostrow), Stralsund (Differenzen mit dem Unternehmern Jurk-Stettin, Bauten der Provinzial-Heilanstalt);

Ost- und Westpreußen, Posen:

Koschmin (Streik), Latowitz (Sperre über die Unternehmer Laube und Kempen), Saalfeld (Sperre über Brosowski), Danzig (Sperre über Schmidt in Keitlau-Jungfer), Bromberg (Sperre über Krättschmar), Lych, Lützen, Rawitsch (Differenzen);

Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Mülsen (Sperren über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), Zittau (Sperre über Hütke in Weigsdorf), Bautzen (Sperre über Scheibe), Ebersbach (Sperre über die Bauten des Baumeisters Hauke), Frankenberg (Sperre über den Unternehmer Winkler), Chemnitz (Sperren über Thieme und Haupt in Jansdorf, Walter in Adorf und Bost in Neukirchen), Grossenhain (Differenzen), Kirchberg, Plauen (Streiks);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Coswig, Wettin a. d. S., Mühlberg a. d. Elbe (Streiks), Halle (Sperre über Iffland in Passendorf), Weißenfels (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt);

Schlesien:

Jauer, Landeshut, Militsch (Streiks), Oberschlesischer Industriebezirk (Aussperrung), Runkelau (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Schlotheim, Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperre über O. Gressler), Sachsa (Sperre über Buchholz in Braunlage), Wölfs (Sperre über Hoffmann);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Harburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes), Goslar, Holzminden (Aussperrung), Ahlen b. Lehrte, Walsrode, Neuhaus a. d. E., Lingen, Badbergen (Streiks), Sulingen (partieller Streik), Wiesmoor (Sperre über den Bau der elektrischen Zentrale), Hannover (Sperre über die Firma Berger & Co. aus Bromeberg), Nordenham (Sperre über die Bauten des Metallwerks), Buxtehude (Sperre über Elsbek), Sarstedt (Sperre über Reckebeil), Osterode (Sperre über Renneberg in Windhausen), Vechts (Differenzen);

Westfalen und Rheinland:

Viersen, Velbert, Heiligenhaus, Tönisheide, Hilden, Ahlen-Bork-Selm (Streiks), Saarbrücken u. Umg. (Aussperrung), Minden (Sperre über Ackmann in Obernkirchen), Düsseldorf (Sperre über Riese), Herborn (Sperre über Rinn aus Giessen), Wickede, Asseln (Sperre über Stiepelmann), Hagen i. W. (Sperre über Sieckmeier in Wetter), Welschhagen (Differenzen);

Hessen-Waldeck:

Biebesheim, Korbach (Streiks), Bad Soden (Sperre über den Unternehmer Christian), Büttelborn (Sperre über Kuhlmann und Kraus), Herfeld (Sperre über Tempertz);

Bayern:

Würzburg (Aussperrung); Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen: Pforzheim (Streik), Worms (Sperre über Schmidt), Karlsruhe (Sperre über Kiefer & Engel);

Fliesenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbrück & Mathels),
Cöln und **Düsseldorf** (Sperrung über die Arbeiten
des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Berlin**
(Differenzen bei sämtl. Zwischenunternehmern),
Breslau (Sperrung über Ventzky & Niedetzky), **Nürnberg**
(Sperrung über Zwischenunternehmer Freuden-
berg).

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Streik der Steinholzleger, Sperrung über die
Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Moltkestr. 28),
Cöln (Sperrung über die Korkolithwerke), **Chemnitz**
(Sperrung über Ziegeler & Fritzsche), **Hamburg** (Aus-
sperrung), **Berlin** (Sperrung über die Filiale der Ge-
sellschaft „Fama“).

Oesterreich:

Komolan, Rossbach, Welpert (Streiks).

Schweiz:

Winterthur (Streik), **Bern** (Differenzen);

*

Mangel an Maurern herrscht zurzeit in München.
Erfahrene Verbandskollegen sind dort willkommen. Das Ver-
bandsbureau ist Palmstr. 12.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in
Jena und Emden haben unsere dortigen Kollegen den
Vorsitz verhängt.

**Die Aussperrung der Bauarbeiterchaft
im ober-schlesischen Industriegebiet.**

Der Arbeitgeberverband im zweitgrößten Industrie-
gebiet Deutschlands will anscheinend hinter den Verbänden
anderer Bezirke nicht zurückstehen. Er nahm daher die erste
Gelegenheit beim Schopfe und drohte in hochtönenden Wor-
ten die Aussperrung sämtlicher Maurer und Zimmerer zum
10. Juli an. Die Arbeit sollte nach seinen Worten nicht
früher wieder aufgenommen werden, bis Garantien dafür
geboten sind, daß im Jahre 1909 Arbeitsstellen nicht
mehr stattfinden.

Die Vorgeschichte dieses Kampfes ist kurz folgende:
Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Industriegebiet
und den Zentralverbänden der Maurer und Zimmerer be-
stand vom 1. April 1907 bis zum 31. März d. J. ein Tarif-
vertrag. Das Geltungsgebiet erstreckte sich auf das ganze
Industriegebiet von Pommern an der russischen Grenze bis
über Gleiwitz hinaus und bis zur österreichischen Grenze,
den Städt- und Landkreis Pless einschließend. Dieser Ver-
trag sah für Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von
40 $\frac{1}{2}$ vor. Einen äußerst niedrigen Lohn für diesen Bezirk
mit außergewöhnlich hohen Preisen für Lebensmittel und
andern erhöhten Ausgaben. Trotzdem hat die Organisation
seit Beginn dieses Jahrhunderts hier schon bedeutende Ver-
besserungen durchgesetzt. Der Arbeitsstag kannte keine Gren-
zen und die elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit war das min-
deste, stieg aber im Sommer bis ins Ungemessene. Der
Lohn schwankte zwischen 22 und 32 $\frac{1}{2}$. Nach mühsamem,
jahrelangem Ringen brachte erst der nun abgelaufene Ver-
trag eine bestimmte Ordnung. Das mußten selbst die
Unternehmer anerkennen; denn bei einer der letzten Ver-
handlungen erklärte einer von ihnen, der Vertrag habe wohl-
tätig auf die Verhältnisse im Baugewerbe gewirkt. Nach
den Bestimmungen im alten Vertrage sollten die Parteien
im November zu Verhandlungen zusammentreten und die
Lohn- und Arbeitsbedingungen für die nächste Zeit fest-
setzen; die Änderungsanträge mußten bereits vorher
übermittelt sein. Davon haben die Arbeiter Gebrauch
gemacht; sie haben rechtzeitig ihre Forderungen erhoben,
unter denen die bedeutendste die Lohnerhöhung betraf. Der
Lohn sollte um 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht werden.

Unsere Organisation hatte für diese Lohnbewegung mit
der christlichen Organisation ein gemeinsames Vorgehen
vereinbart. Bisher war dieser Verband an dem Vertrage
nicht beteiligt, sondern hatte gemeinsam mit der „katholischen
Fachabteilung“ einen besonderen Vertrag. Außerdem hat
diesmal auch der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter
Deutschlands Forderungen eingereicht. Der Arbeitgeber-
verband legte das bekannte Vertragsmuster vor, aber eine
Lohnerhöhung lehnte er kategorisch ab. Das blieb auch so
in der Verhandlung, wo Vertreter der Zentralorganisationen
anwesend waren, und an der auch im Auftrage des Vor-
standes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bau-
gewerbe Baumeister Wolfmann-Breslau teilnahm. Der
Herr hatte augenscheinlich im Auftrage höheren Ortes
kräftig scharf gemacht. Er bekräftigte die an und für sich
schon recht überhaarigen ober-schlesischen Unternehmer in
ihrer ablehnenden Haltung. Daß in diesen Fällen nach der
Anweisung des Bundesvorstandes und nach einer bestimmten
Politik gehandelt wird, und zwar mit Rücksicht auf den
Lohnkampf im nächsten Frühjahr, ist ja jetzt hinlänglich
bekannt. Es kam infolge der ablehnenden Haltung der
Unternehmer zu keiner Einigung. Nach der Abmahnung in
diesem Frühjahr sollten in solchen Fällen die Zentralvor-
stände der streikenden Parteien als letzte Instanz den Ver-

such einer Einigung machen. Auch für den ober-schlesischen
Bezirke war bereits eine Verhandlung vorgesehen und auch
der Termin in Aussicht genommen worden. Sie hat aber
nicht stattfinden können, sie muß an dem Widerstand der
Ober-schlesier gescheitert sein. So lebte die ober-schlesische
Bauarbeiterchaft seit dem 1. April d. J. in einer vertrags-
losen Zeit.

Die Unternehmer hatten jedenfalls gehofft, daß sie
jetzt, wie bormen so oft, die Wünsche der geduldeten Bau-
arbeiter zurückdrängen könnten. Diesmal hatten sie sich
aber doch geirrt. Mitte Juni erklärten die Zimmerer für
das engere Rationierbezirk den Streik, und am
22. Juni verhängten auch die Maurer über einige Bau-
geschäfte die Sperrung. Da gerieten aber die Herren vom
Arbeitgeberverband in Aufregung; sie forderten die Auf-
hebung der Streiks und drohten die Aussperrung sämtlicher
Maurer und Zimmerer zum 10. Juli an. Diesen Willen
kündeten sie der Mittwelt auf großen roten Plakaten an,
die sie auf ihren Arbeitsstätten anheften ließen. Den Arbeiter-
organisationen fiel es natürlich nicht ein, den Herren den
Willen zu erfüllen. Inzwischen befanden sich aber die
Führer der katholischen Fachabteilung auf ihre geschäftliche
Mission als Organisatoren des Streikbruchs und Vertreter
von Arbeiterinteressen. Dr. Fleischer, Reichstagsabgeord-
neter für Neustadt-Neurode und Nährvater dieser sogenann-
ten Arbeiterorganisation, soll die Verbindung mit dem ober-
schlesischen Arbeitgeberverband hergestellt haben.

Die Sekretäre der Fachabteilung, Latté-Ratibor und
Rusio-Beuthen schlossen einen Vertrag, der gegen den ver-
flossenen bedeutende Verschlechterungen aufweist. 40 $\frac{1}{2}$
Maximallohn vereinbarten die Herren, wo bisher der
niedrigste Lohn 40 $\frac{1}{2}$ betrug. Der Arbeitgeberverband
gab den Erfolg der Verhandlung mit diesen ruinösen Ar-
beiterführern durch Plakate in der guttorenden gelben
Farbe bekannt. Wörtlich heißt es darin:

„Vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der
beiderseitigen Generalversammlungen wird zwischen unserm
Verbande und der Gewerkschaft für das Baugewerbe des
Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) ein
Lohn- und Arbeitsvertrag nach Maßgabe des von unserm
Verbande ausgearbeiteten Vertragsentwurfs und unter Zu-
grundelegung eines Maximalstundenlohnes von 40 $\frac{1}{2}$ (für
die Ortschaften in den Kreisen Rhodt und Pless von 38 $\frac{1}{2}$)
abgeschlossen.“

Das war am 2. Juli. Am 8. Juli hielt der Arbeitgeber-
verband eine Generalversammlung ab. Hier kam bereits
die Kassenkammermittlung des Bundes zum Ausdruck. Sie
fühlten sich enttäuscht nach mancher Richtung. Von 92 Mit-
gliedern waren nur 46 erschienen, und diese hatten nicht
mehr den rechten Ausprägungsgrad. Nur mit Mühe gelang
es, die wankelmütigen Herren zu bewegen, an dem Aus-
sperrungsbeschlusse festzuhalten. Aber das Verhältnismäßig
mit der Fachabteilung waren sie satt. Die Leute seien nicht
zuverlässig. So konnten sie nicht einmal einen gesperrten
Bau besetzen, und deshalb habe der Vertrag mit solchen
Leuten keinen Zweck. Die Generalversammlung sanktio-
nierte den Vertrag nicht und lehnte zu ihrer ersten Idee,
dem roten Plakat, zurück, wonach nun wieder alle Maurer
und Zimmerer am 10. Juli ausgesperrt werden sollten. Das
geschah just zu derselben Stunde, wo Herr Rusio und Herr
Göb als Berlin in einem andern Lokale vor einem Häuf-
lein Nichtbauhandwerkern sich im Schutze ihres Ange-
sichtes bemühten, den Arbeiterverband zu verberlichen und in einer
Resolution den Vertrag und seinen Inhalt einstimmig an-
nehmen ließen. Ob diese Wutstöße aus dieser brutalen und
verächtlichen Züchtigung etwas lernen werden? —

Der Zentralverband der Maurer hat durch eine Bauten-
kontrolle versucht, die Situation festzustellen. Eine Woche
vor der Aussperrung führten im engsten Industriegebiet —
und nur dieses kommt für die Entscheidung des Kampfes
in Betracht — 164 Unternehmer Maurerarbeiten aus. Sie
beschäftigten 4280 Maurer. Davon kündigten 51 Unter-
nehmer mit 2319 Maxern = 54 pSt. die Aussperrung an.
Bis Sonnabend abend (10. Juli) beteiligten sich aber nur
31 Unternehmer an der Aussperrung, und zwar wurden
gesamt 1354 Gefellen, während 1700 bis 1800 von diesen
Geschäften beschäftigt werden. Sie suchten die Leute auf
jeden Arbeitsstellen zu behalten, wo wichtige Arbeiten fertig-
zustellen sind. Da werden die Organisationen der Arbeiter
nachgehen müssen, damit die Unternehmer ihren Organi-
sationsbeschlüssen gerecht werden. Die Mitglieder des Ar-
beitgeberbundes folgen also nur lässig und in geringer Zahl
den Beschlüssen ihrer Organisation. Große Geschäfte, Mitglie-
der des Vorstandes und der Meurerkommission, hatten am ersten
Aussperrungstage nicht ausgesperrt, und wenn auch der Mon-
tag noch einige Veränderungen und weitere Aussperrungen
bringen kann, so darf schon heute gesagt werden, die Aus-
sperrung ist flüchtig gescheitert. Dafür ist die Stimmung unter
den Maurern gut. In allen Bezirken, in denen uns oder den
Christlichen Lokale zur Verfügung stehen, haben wiederholt in
der letzten Woche gemeinsame Versammlungen stattgefunden.
Sie waren alle überfüllt, sämtliche Maurer dürften erfasst
worden sein. Am Aussperrungstage sollte nachmittags auf
allen Bauten die Arbeit ruhen, auch auf den Bauten, wo

nicht ausgesperrt wurde, und in acht Lokalen sollten um
2 Uhr Versammlungen stattfinden. Es regnete aber den
ganzen Vormittag in Strömen, das mag manchen abgehalten
haben. Andererseits berließen die Maurer in großen Kolonnen
das Kampfsgebiet. Die Bahnhöfe waren von Maurern und
ihren Utensilien überfüllt. Trotzdem waren die Versamm-
lungen fast besetzt. Es wurden 2500 Teilnehmer gezählt.
Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung die Massen gewaltig
aufrüttelt und einen dauernden Nutzen für die Arbeiter-
bewegung hinterläßt. Die Gesamtorganisation aber kann
nur wünschen, daß es gelingen möge, der so schlecht gestellten
ober-schlesischen Kollegschaft die Löhne zu erhöhen, was
gleichbedeutend wäre mit der Erhöhung des Weges zu einer
höheren Kultur. Von allergrößter Bedeutung wäre es aber,
wenn durch diesen Kampf die beispiellos dreisten, anmaß-
lichen und rücksichtslosen Unternehmer in die gebührenden
Schranken zurückgewiesen würden, damit sie endlich, wie in
manchen andern Bezirken, dazu erzogen werden könnten,
die Bauarbeiter als gleichberechtigte Menschen zu behandeln.

Telegramm: Kattowitz, den 13. Juli. An der Aus-
sperrung haben sich 44 Unternehmer beteiligt. Von den
von ihnen beschäftigten 1999 Gefellen und 309 Lehrlin-
gen haben sie 329 Gefellen und 156 Lehrlinge in
Arbeit gehalten, somit 1670 bzw. 153 ausgesperrt.

Gau Berlin.

Die Ruher in Berlin sind in eine Bewegung einge-
treten, die auf Beilegung verschiedener schmerzlicher Miß-
stände gerichtet ist. In einer Versammlung am 8. Juli
wurden diese Mißstände wie folgt geschildert: Es werden
jetzt häufig Arbeitsverträge abgeschlossen mit Preisen,
die weit geringer sind als früher, und dazu kommt, daß der
Trägerlohn mit eingerechnet ist, was früher nicht der Fall
war. So wurden, z. B. früher für Innenputz 21 bis 22 $\frac{1}{2}$
pro Quadratmeter exklusive Träger bezahlt, jetzt soll die Ar-
beit für 20 bis 21 $\frac{1}{2}$ inklusive Träger geleistet werden, und
im Außenputz soll ein Arbeitsquantum, das früher 1,80
exklusive Träger kostete, nun, den Trägerlohn einberechnet,
für 1,40 bis 1,60 hergestellt werden. Die Folge davon
ist, daß eine Schinderei sondergleichen immer mehr um
sich greift. Die Arbeit selbst kann dabei natürlich auch nicht
so gut ausfallen wie früher. Die Ruher halten wohl im
allgemeinen darauf, daß sie wenigstens noch ihren alten Ab-
schlagslohn von 8 den Tag verdienen, aber nicht darauf,
daß die für sie geltende achtstündige Arbeitszeit beibehalten
bleibt. Sie arbeiten nur zu häufig länger, um bei den
elenden Preisen zurechtzukommen. Oft wird in den Ver-
trägen festgelegt, daß die Arbeit in drei oder vier Wochen
fertig sein muß, der Nachschuß aber erst in acht Wochen ge-
zahlt wird. Auch werden allerlei unvernünftige Straf-
bestimmungen eingefügt, und zudem erhebt der Bauunter-
nehmer Anspruch darauf, daß auf sein Verlangen Leute, die
sich irgendwie mißlieblich gemacht haben, sofort entlassen wer-
den; daß aber der Ruher, der den Vertrag abgeschlossen hat,
ebenso schnell für Ersatz sorgt. Von Neubauten steht in
solchen Verträgen nichts, und die Neubauten sind denn auch
häufig so, daß man sie überhaupt als Aufenthaltswort für
Bieh benutzen würde. Des weiteren pflegt man bei Lohn-
streitigkeiten das Gelehrdeich von vornherein durch den
Vertrag auszuschalten. In solchen Fällen soll ein Schieds-
gericht eingerichtet werden, das aus drei Unternehmern und drei
Arbeitern besteht. Diese sind natürlich organisiert, diese un-
organisiert und gewöhnlich ganz derselben Meinung wie
die Unternehmer, so daß der Ruher, selbst wo der Vertrag
ihm günstig ist, schwerlich zu seinem Rechte kommt. Im
übrigen werden auch von Subunternehmern Verträge ab-
geschlossen, worin die Arbeit nach Quadratfuß beab-
teltet berechnet ist, und sie wird dann, nach Quadratmeter
Innen- und Außenputz berechnet, weitergegeben, ein Ver-
fahren, das natürlich nur dazu dient, einer überflüssigen
Zwischenperson Profit zu verschaffen, die Arbeitspreise aber
herabzudrücken. Den schlechtesten Arbeitsverträgen entspricht
die Behandlung, die den Ruhern jetzt auf den Bauten zu-
teil wird. Wenn früher dem Unternehmer Mißstände auf
der Baustelle gemeldet wurden, mußte er für Abhilfe sorgen,
jetzt glaubt er, das nicht mehr nötig zu haben. Diese ganz
traurigen Verhältnisse konnten natürlich nur Platz greifen,
weil mancher Ruher sich infolge des Arbeitsmangels ge-
nötigt sah oder veranlaßt wurde, den Wünschen der Unter-
nehmer allzu weit entgegenzukommen und die Interessen
der Allgemeinheit seiner Berufscollegen beiseite zu setzen.
Gegenwärtig ist aber die Konjunktur im Baugewerbe
keineswegs so schlecht. Es ist früher, als man erwarten
konnte, ein Aufschwung eingetreten, so daß nur wenige ar-
beitslose Ruher vorhanden sind. Unter diesen Umständen
muß es um so mehr Aufgabe der Ruher sein, mit aller Kraft
für Besserung der Verhältnisse zu sorgen. Die Veram-
mlung nahm dann einstimmig eine Resolution an, in der es
heißt: „Die versammelten Ruher Berlins und der Vororte
erklären in der Ueberarbeit eine direkte Schädigung der ge-
samten Kollegschaft und sehen es als ihre Pflicht an,
gegenständig darauf zu achten, daß die Arbeitszeit nicht über
6 Uhr ausgedehnt und jede Annahme der Unternehmer,
die Arbeitszeit zu verlängern, unter allen Umständen zurück-
gewiesen wird. Ferner erachten sie es an der Zeit, da die
Konjunktur dazu angetan ist, die Aufhebung der Abfor-
dungen gegenüber den Abschlagslöhnen zu beantragen. Die Ver-
sammlungen verpflichten sich, überall dort, wo die Preise mit
dem Abschlagslohn von 8 pro Tag bei achtstündiger Ar-
beitszeit nicht im Einklang stehen, Montag, 12. Juli, an die
Unternehmer das Verlangen zu stellen, daß der Träger aus
dem Abschlagspreis auszuschalten ist, widrigenfalls die Ruher
die Arbeit einstellen.“

Man darf also erwarten, daß mehrfach Arbeitszei-
stellungen nötig werden.

In Landsberg a. d. W. stehen seit dem 16. Mai die
Bauhilfsarbeiter im Streik, wobei, wie uns von dort mitgeteilt
wird, auch der größte Teil unserer Kollegen in Mitleidenhaft
ist. 70 Kollegen sind deshalb abgereist. Von den
Streikenden ist bis heute keiner abgesehen und auch fremde
Streikbrecher konnten die Unternehmer nicht erhalten. Als die
Unternehmer dies einsahen, brosten sie den Streikenden die Aus-

Sperrung bis zum 1. Oktober auch in allen industriellen Betrieben an, wenn sich dieselben nicht bis zum 2. Juli bei ihren früheren Unternehmern zur Arbeit gemeldet hätten. Aber auch auf diesen Beschluß ist von den Streikenden niemand heringegangen. Die Unternehmer haben sich nun einige Anwesenheiten als „Arbeitswillige“ besorgt. Die Streikenden selbst aber halten noch wie vor einmütig zusammen.

In **Wahlberg a. d. E.** haben die Kollegen die im vorigen Jahre gestellte Forderung, den Lohn von 82 $\frac{1}{2}$ auf 87 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen, von neuem gestellt. In einer Verhandlung, die hierzu stattfand, bewilligten die Unternehmer für dieses Jahr 1 $\frac{1}{2}$ und für das nächste Jahr nochmals 1 $\frac{1}{2}$. Die Kollegen erklärten sich damit nicht einverstanden und beschloßen einmütig den Streik. Die Arbeit drängt sehr. Es sind Ausflüchte vorhanden, daß der Streik in kurzer Zeit mit einem befriedigenden Erfolg wird beendet werden können.

Gau Bremen.

Der Streik in **Bingen** dauert unverändert fort. Am 8. Juli ist es den Unternehmern gelungen, sechs Streikbrecher durch einen Agenten zu bekommen. Die Streikbrecher sind aus Berlin. Gegen Abend erlaubten sich drei von den Streikbrechern, ins städtische Streikbureau zu kommen. Jeder Versuch, sie zur Abreise zu bewegen, war vergeblich. Sie forderten für die nächste Nacht nicht mehr als M. 500. Es sind Geste vom reinsten Wasser.

In **Wiesmoor** haben unsere Kollegen beim Bau der elektrischen Zentrale am 5. Juli die Arbeit eingestellt. Zwei Verhandlungen mit Vertretern der Firma (Wohlfahrt & Knaur) sind resultatlos verlaufen. Die Firma Schumacher aus Leer, die dort gleichfalls Arbeiter ausführt, sich aber bisher um Verhandlungen nicht gekümmert hat, gebrauchte einen neuen Trick. Sie gab den bei ihr beschäftigten Maurern einen Schein mit, daß der geforderte Lohn bezahlt würde. In Wirklichkeit war dies aber nicht der Fall. Als man die Scheine ernstlich betrachtete, stellte sich heraus, daß dies Mandat mit dem Schein nur ein Scheinmandat war. Nachdem diese Kollegen an ihre Solidaritätspflicht erinnert waren, reisten sie wieder ab. Wenn der Zugang von den Kollegen ferngehalten wird, werden die in Frage kommenden Firmen schon bald wegschicken.

In **Badbergen** haben unsere Kollegen, nachdem die Unternehmer jede Bewilligung der Forderungen ablehnten, am 12. Juli die Arbeit niedergelegt. Auch hier muß der Zugang streng ferngehalten werden.

Die Unternehmer in **Nordenham** haben, nachdem sich der Bauvorstand beschwerdeführend an den Vorstand des Bezirksverbandes der Arbeitgeber für das untere Weser- und Emsgebiet gewandt hatte, die Schlichtungskommission zu einer Sitzung zusammenberufen. Wie noch erinnert, wurde unter dortigen Vorständen fortgesetzt gemacht. Der Unternehmer Mühlensfeld, bei dem unser Kollege zuletzt beschäftigt war, gab ihm Freierabend, weil ihm, wie er unsern Kollegen erklärte, durch den Vorstand des Arbeitgeberverbandes fortgesetzt aufgezeigt würde, denselben zu entlassen; mit der Arbeit sei die Firma vollst. zufrieden. Als die übrigen am Bau beschäftigten Kollegen die Firma nach dem Grunde der Entlassung fragten, sagte die Firma das Gleiche. Am 27. Juni beschäftigte sich eine Schlichtungskommissionsitzung mit der Sache, und hier sagte die Firma das Gegenteil von dem, was sie unsern Vorständen und den mit ihm beschäftigten Kollegen wegen der Entlassung gesagt hatte. Im übrigen ließen sich die Unternehmer auf nichts ein. In welcher Weise die Unternehmer den Vertrag respektieren, beweist noch folgender Fall: Der Unternehmer Heuer entließ am 24. Juni auf seinem Bau-familie Maurer und Bauarbeiter — und warum? Am Montag desselben Tages ließ der Unternehmer 20 Sad Zement in die Baubude werfen, wo unsere Kollegen ihr Mittagessen einnehmen mußten. Als sie dagegen protestierten, erklärte der Unternehmer, wenn die Kollegen bis 3 Uhr nachmittags nicht bereit erklärt hätten, den Zement in der Baubude zu lassen, so seien sie am Abend entlassen. Selbstverständlich wurde gegen die Zumutung des Unternehmers energig protestiert. Abends erhielten unsere Kollegen Freierabend. Überhaupt hat am 5. Juli eine Schlichtungskommissionsitzung stattgefunden. Herr Wena erklärte gleich zu Anfang der Sitzung, er würde für die Folgezeit um solche Kleinigkeiten keine Sitzung wieder einberufen. Im übrigen meinten sämtliche Arbeitgeber in der Sitzung, das Borgehen des Herrn Heuer richtig gewesen sei. Heuer meinte noch, er könne seinen Zement freierabend geben, wann er wolle. Mit den Nordenhamer Unternehmern werden wir in nächster Zeit ein echtes Wort reden müssen; wenn unter solchen Umständen schwere Differenzen entstehen, so müssen wir die Verantwortung dafür den Unternehmern überlassen. Wir meinen aber, daß man Verträge so nicht aufstellen sollte.

Gau Breslau.

Die Sperre im **Kreise Oltau** über die Unternehmer Schneider, W. Reiskerau, Schmidt & Fabian-Lastowitz und Scheunert & Co. besteht fort. Die Unternehmer zahlen den tarifmäßigen Lohn — zum Teil noch bedeutend darüber —, haben aber den Tarif nicht unterzeichnet. Da die Streikenden alle zu Tariflöhnen untergebracht sind, erübrigt sich vorläufig der weitere Kampf. Sollte wieder eine Lohnherabsetzung eintreten, so muß eben der Streik sofort von neuem begonnen werden.

In **Koschütz** ist eine Herabsetzung infolge eingetreten, als in voriger Woche Zugang von Putzern kam, die vorgaben, von dem christlichen Bezirksleiter Franz Hingelbach worden zu sein. Dieser legte es noch nicht, die Streikbrecher wieder abzugeben.

In **Walla i. B.** haben sich die Kollegen mit den Unternehmern geeinigt. Sie waren genötigt, den Vertrag zu unterzeichnen, weil die Facharbeiter bereits vorher mit den Unternehmern Aufstand getrieben und den Vertrag unterzeichnet hatten. Das hier nicht mehr als 2 $\frac{1}{2}$ Zulage pro Stunde herausbrachte, haben also die Arbeiter Kollegen neben ihrer eigenen tagelohnfähigen dortmehlig dieser Streikbrecherorganisation zu danken.

In **Mittelsch** hat sich im Stand des Streiks nichts geändert. Doch ist es uns gelungen, wieder einige Arbeitswillige bewilligen zu lassen. Da jetzt die Leute vor der Tür heftig und die größte Teil der Streikbrecher — die nebenbei auch Wandarbeiter sind — zu Hause bleiben muß, wird für die Unternehmern die Verlegenheit noch größer werden, als sie ohnehin schon ist. Auch der Streik in **Landeshut i. Schl.** geht ruhig seinen Gang. Wenn die hiesigen Unternehmer vor dem Streik erklären, die vorliegende Arbeit reiche dieses Jahr nicht aus, wenn sie im Verlauf des Streiks „besorgt“ waren, daß sie nach

dem Streik nicht wieder alle Maurer würden beschäftigen können, so scheint sich ihr Sinn jetzt geändert zu haben. Ist doch ihre Sehnsucht nach Maurern so groß, daß sie sich durch den famosen Streikbrechermeister Genste Maurer aus Berlin kommen lassen, denen sie Stütz für Stütz 70 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zahlen. Unsere Kollegen bekommen 85 $\frac{1}{2}$ und verlangen 40 $\frac{1}{2}$. Man sollte es kaum für möglich halten, daß sich unter solchen Umständen in Berlin noch Maurer finden, die ihren kampfenden Kollegen in den Rücken fallen. Es gelang uns zwar, viele Soldaten wieder abzugeben, doch sollen noch einige 20 Mann nachkommen.

In **Brieg** ist die Sperre über die Bauten des Beamtenwohnungsbaureins vollständig zu unsern Gunsten erledigt. Hier lag die Sache so, daß die Zimmerarbeiten an einen karls-tariffischen Unternehmer vergeben waren, der seinen Reuten statt der tariffischen 88 $\frac{1}{2}$ nur 28 bis 32 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zahlte. Da die Zimmerleute allein nicht in der Lage waren, diesen Tarifbruch abzuwehren, und da außerdem auf den Bauten in Afford gepußt wurde — was in Brieg durch Mitgliederbesuch verboten ist —, wurde unserseits die Sperre verhängt. Nach zwei Tagen verpflichtete sich die Unternehmer, den Zimmerern den tariffischen Lohn zu zahlen. Ferner wurde der bestehende Auftragsvertrag annulliert und festgelegt, daß in Zukunft nicht mehr in Afford gearbeitet werden darf. Außerdem verpflichtete sich der Maurermeister, die drei bei der Sperre stehengebliebenen unorganisierten Arbeiter innerhalb acht Tagen dem Verbands auszuführen. Leider waren bei der Sperre sechs Putzer in Arbeit geblieben. In der letzten Versammlung wurde jeder von ihnen mit M. 18 Dinge besetzt. Zahlen sie den Betrag innerhalb einer bestimmten Frist nicht, so gelten sie als aus dem Verbands ausgeschlossen. Auch hier ist wieder der Beweis erbracht, wie demoralisierend die Affordarbeit wirkt, denn hätten die Kollegen in Lohn gearbeitet, so hätten sie sich diese Handlung nicht anmaßen lassen.

Gau Dortmund.

Nach einer Mitteilung aus **Sochum** ist die über den Unternehmern Wilhelm Behrendt in Stiepel verhängte Sperre nach zehnwöchiger Dauer mit vollem Erfolg beendet. Er erkannte den Vertrag durch Unterschrift an. Die Arbeit wurde am 7. Juli wieder aufgenommen. Gesperrt ist noch der Unternehmer E. Siegart, Stiepel, der den Tarif nicht zahlt und zehnhalb Stunden arbeiten läßt. Bei ihm ist, da er jede Verhandlung ablehnt, die Kündigung eingereicht worden.

Gau Dresden.

In **Brandenburg** ist es nicht zur Arbeitsniederlegung gekommen. Die Kündigung war zwar einstimmig eingereicht, aber ehe die 14 Tage verfloßen waren, ist mit den beiden Meistern eine Einigung erzielt worden. Sie zahlten den Freiburger Lohn, 49 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

In **Gottelnd** läßt die Tiefbaufirma Gebr. Fischer elf Stunden den Tag arbeiten. Die Kollegen wollen sich dies für die Zukunft nicht gefallen lassen und werden um 6 Uhr abends Freierabend machen. Es ist möglich, daß sich die Firma dies nicht gefallen läßt; denn bei der Verhandlung stellte Herr Fischer so richtig den „Herrn“ heraus, ähnlich wie ein Offizier bei den Rekruten. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es zur Mahregelung und somit zur Arbeitsniederlegung kommt.

Gau Götting.

Als **Hittau** schreibt man uns: Infolge der Rohpreiserhöhung der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ist am 2. Juni ein neuer Vertrag zur Einführung gelangt, dem das bekannte Vertragsmuster zugrunde gelegt ist und der bis zum 31. März nächsten Jahres Gültigkeit hat. Die Rohpreiserhöhung haben eine kleine Herabsetzung erfahren. Zum ersten Lohnbezirk gehören: Hittau, Ollersdorf mit Eickgraben, Gartau, Kleinshöna, Großshöna, Belsau, Gardsdorf, Madgendorf, Börsig, Dörsig und Hahn; zum zweiten Lohnbezirk: Werbsdorf, Jonsdorf, Gernsdorf, zum dritten Lohnbezirk: Großshöna, Waltersdorf, Hettendör, Seltschendorf, Spitzschendorf, Geringsdorf, Gundersdorf, Oberelsdorf, Mellersdorf, Nieder- und Mittelborsig, Sahnwalde und Saalendorf; zum vierten Lohnbezirk: Reichenau, Tirschen, Reibersdorf, Wald-Opfersdorf, Markersdorf, Lichtenberg, Friedersdorf, Ritzel, Sommerau, Seltendorf, Dornhensdorf, Hirschfelde, Dittelsdorf, Schlegel, Bursdorf, Rosenhual, Rohna, Scharre, Giesmannsdorf, Draufendorf, Wittgendorf, Wiggendorf, Magsdorf, Neugersdorf und Friedberg; zum fünften Lohnbezirk: Odrig, Blumberg, Kusdorf, Altsdorf, Königshain, St. Marienhal, Klosterfreiheit, Grunau, Schönfeld, Traillau, Womsta, Neubitz, Nieba und Leiba. Die tägliche Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Sie beginnt in den Sommermonaten morgens 6 Uhr und endet abends 6 Uhr. Unterbrochen wird sie von je einer halbstündigen Frühstückspause und Vesperpause und einer einstuündigen Mittagspause. Sonntags ist um 5 Uhr, an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr mittags Arbeitsruhe. Im Winter richtet sich die Arbeitszeit nach der Tageslänge, die Mittagspause beträgt aber das ganze Jahr hindurch eine Stunde. Als Nachschichten gilt die Zeit von 5 bis 6 Uhr morgens und 6 bis 8 Uhr abends, als Nacharbeit die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Als Sonntags- und Feiertagsarbeit gilt die gesamte an Sonntags- und Feiertagen geleistete Arbeit, gleichgültig, ob sie bei Tag oder Nacht geleistet wird. Der Stundenlohn beträgt für Maurer im ersten Lohnbezirk 41, im zweiten 39, im dritten 38, im vierten 37 und im fünften 35 $\frac{1}{2}$. Nach dem 1. Oktober erhöht sich der Stundenlohn in allen fünf Bezirken um einen weiteren Pfennig. Für Lebensstunden wird ein Lohnaufschlag von 5 $\frac{1}{2}$ für Nacht- und Feiertagsarbeiten sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit ein solcher von 15 $\frac{1}{2}$ und für Nacharbeit von 10 $\frac{1}{2}$ gezahlt. Auch bei länger als einen Tag dauernden Arbeitsniederlegungen wird 5 $\frac{1}{2}$ Zuschlag gezahlt. Für Geleiten, die infolge Alters und Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind sowie für jugendliche Arbeiter und Junggeleiten im ersten und zweiten Lebensjahre kann ein geringerer Lohn vereinbart werden. Bei Arbeiten, die eine Stunde außerhalb des regelmäßigen Arbeitsbortes liegen und solchen, wo übernachtet werden muß, ist ein im voraus zwischen Unternehmer und Arbeiter zu vereinbarenden Zuschlag zu gewähren. Im übrigen gelten die Bestimmungen des alten Vertrages.

Die Kollegen sind nun verpflichtet, für die strengste Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen und Unregelmäßigkeiten sofort dem Vertrauensmann zu melden. Gibt es doch immer noch einige Unternehmer — vor allem solche, die dem Arbeits-

geberverbande nicht angehören —, die die Vertragsbestimmungen zu umgehen suchen. So mußten vorige Woche in Dörsig die Bauten der Unternehmer Krüffing und Neumann gesperrt werden, weil beide die weigerten, den Tariflohn zu zahlen. Weitere Sperren werden folgen, wenn sich die in Frage kommenden Unternehmer nicht noch rechtzeitig eines Besseren besinnen. Die Orte, wo die Unternehmer auch jetzt wieder den Tarif nicht anerkennen, sind bei Belschen unser Verbands sogenannte Weilerwinkel geblieben. Schuld an diesen Zuständen ist die gesamte Bauarbeiterchaft. Zahlreich hat man sich von den Unternehmern alles gefallen lassen. Organisierte Berufs-kollegen haben geschwiegen, wenn sich diese Unternehmer Dinge erlaubten, die sich mit den Prinzipien unserer Organisation nicht vereinbaren ließen. Ja, es gab sogar Kollegen, die sich nicht scheuten, die Organisationsleitung im Interesse der Unternehmer zu belästigen. So hat man sich die Tariflöhne des Meisters in die Tasche gesteckt. Aber nun gingen auch hier dem Willkür endlich einmal die Augen auf. Die Unternehmer, an die alten Zustände gewöhnt, glauben allerdings immer noch, durch Härtnachgiebigkeit und Verleumdung der Organisationsleitung ihre getreuen Schaffens zurückzugewinnen zu können. Doch diesmal werden sie sich verrechnen. Unsere Kollegen haben sich verpflichtet, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Unternehmer durch Unterschrift den Vertrag anerkennen. Es muß diesen Proben gezeigt werden, daß die Arbeiter nicht mehr „die von damals“ sind, sondern Menschen, die ihre Rechte fordern.

Gau Hamburg.

Von der Aussperrung in **Hamburg** und **Umgegend** ist als einzige neue Tatsache zu berichten, daß sich das Gewerbe-gericht als Einigungsamt angeboten hat und daß beide Parteien zugestimmt haben, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Ob bei den Verhandlungen, die am 14. Juli begannen, etwas herauskommt, ist schwer zu sagen.

Die Mitteilung in der letzten Nummer des „Grundstein“ über die Beendigung des Streiks in **Wienau** ist nicht zutreffend. Diese Mitteilung ist auf eine mangelhafte Berichterstattung zurückzuführen. In **Wienau** tagte am 7. Juli eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Bauhilfsarbeiter (Fabrikarbeiterverband), Maurer- und Zimmerer, in der gegen eine geringe Minderheit beschlossen wurde, den Streik weiterzuführen. Die Unternehmung verlangen unausgesetzt, es soll zunächst die Arbeit aufgenommen werden, dann wollten sie mit den Arbeitern verhandeln. Begründet wird diese Forderung von den Unternehmern damit, daß ihnen nicht genügend Paß gelassen sei, auf die gestellten Forderungen zu antworten. Daß die Forderungen schon im Frühjahr 1908 gestellt sind, und dann bis zum 7. Juni d. J. keine Antwort erfolgte, darüber reden die Herren kein Wort. Einige von den aus dem Berliner Vermittlungsbureau bezogenen Streikbrecher haben die Arbeit eingestellt. Die andern führen ein lustiges Leben in **Wienau**. Die Unternehmung verjüngen, den Beweis zu erbringen, daß Harmonie zwischen Kapital und Arbeit herrscht; teilweise trinken sie mit den Streikbrechern aus einer Flasche.

In **Odersee** haben die Kollegen am 10. Juli beschlossen, über die Arbeiten des Unternehmers Meyer aus Segeberg die Sperre zu verhängen. Meyer weigert sich, die tarifmäßige Arbeitszeit in **Odersee** innezuhalten. Aus diesem Grunde haben schon mehrfach Verhandlungen mit ihm stattgefunden, wobei es auch schon zu einer Einigung gekommen war. Aber nur acht Tage lang hat der Herr sein Versprechen gehalten, dann war alles wieder beim Alten. Die Arbeiten des Unternehmers sind der Ausbau an dem Eisenbahnbetriebsgebäude und ein Neubau in der Hagenburgerstraße. Der Zugang nach **Odersee** ist ferngehalten.

Gau Hannover.

Der Zweigverein **Osterode** hat über die Arbeiten des Unternehmers Kennberg in **Windhausen** die Sperre verhängt. Anstatt die Lohnforderung anzuerkennen, hatte M. eine Anzahl Maurer, die sich an der Versammlung beteiligt und die Forderung vertreten hatten, — gemahnt; er lebte wohl der Hoffnung, die von der Entlassung nicht betroffenen Kollegen würden dem ruhig zusehen. Meiner Meinung nach hat sich aber geläufig. In der Versammlung am letzten Sonntag erklärten sich alle Kollegen mit den Gemahntregenen solidarisch und einmütig wurde die Sperre beschlossen.

Gau Leipzig.

In **Planen** sind am 7. Juli die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in den Streik eingetreten. Über die Vorgeschichte dieser Bewegung wird uns von dort geschrieben: Bekanntlich hat die hiesige baugewerbliche Arbeiterchaft schon im Jahre 1903 versucht, eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Prolog, wie die Planener Unternehmer nun einmal sind, lehnten sie damals die Forderung der Arbeiterchaft mit der Begründung ab, daß sie „gerade“ nicht in der Lage seien, etwas zu bewilligen. Das Spiel war für die Unternehmer um so leichter, als die Organisationen damals noch in der Entwicklung begriffen waren, andererseits aber die Arbeiter schon nach kurzer Zeit in hellen Haufen dabonliefen. Das hiesige Schauspiel mußte man 1905 erleben. Obwohl die Unternehmer selbst zugeben mußten, daß die gesamten Bedarfsartikel im Preise gehoben waren, lehnten sie die Forderung der Arbeiter rundweg ab. Zur Charakteristik der Verhandlungsweise der Unternehmer wollen wir hier kurz die Antwort derselben wiedergeben. Das Schreiben lautet:

Zur Beantwortung Ihres Schreibens beglückwünsche ich Sie zur Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes wird hierdurch erwidert, daß in der gestern Abend stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung obigen Verbandes einstimmig beschlossen wurde, an der elfstündigen Arbeitszeit festzuhalten, wie auch den im Jahre 1908 festgesetzten Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ für Maurer und Zimmerleute beizubehalten. Für diesen Beschluß waren maßgebend die in hiesiger Stadt gegenwärtig ungünstigen Verhältnisse im Baugewerbe, nach welchen infolge der vielen leerstehenden Wohnungen jetzt nur wenig gebaut wird und dadurch das Baugewerbe sehr mangelnd ist. Von einer großen Zahl der Anwesenden ist dabei besonders hervorgehoben worden, daß viele der Arbeitgeber jetzt Bauten nur deshalb ausführen, um ihre bisherigen Leute beschäftigen zu können. Was die Beibehaltung der elfstündigen Arbeitszeit anbelangt, so sei bemerkt, daß der unterzeichnete Arbeitgeberverband in dieser Beziehung mit den Arbeitgeberverbänden von Chemnitz und Zwickau auf einem Standpunkt steht.

Damals waren in Plauen noch 1400 Maurer beschäftigt. Daß die Unternehmer des Baugewerbes diese 1400 Maurer nur aus Mitleid beschäftigt haben, glauben sie wohl selbst nicht. Obwohl nun unsere Organisation besser war als 1903 gingen auch damals wieder die Unternehmer als Sieger aus dem Kampfe hervor. Aber wenn es den Unternehmern 1903 noch gelungen war, unsere Organisation zu zerstören, so wachten sie 1905 mit diesem Versuch gründlich Fiasco. Schärfer als je und mit gutem Erfolg gingen damals die Arbeiter der Bauberufe daran, ihre Organisation auszubauen. Wahrscheinlich aus Furcht vor einem neu ausbrechenden Streik gingen dann die Unternehmer dazu über, die Forderungen, um die wir zwei Kämpfe geführt hatten, zu bewilligen. Anstatt aber bei der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages die Arbeiter wegen der Einteilung der Pausen mit zu hören, steckte man, wie immer, den Herrn im Hause heraus, und so waren die Arbeiter kurze Zeit nach Einführung des zehnstündigen Tages gezwungen, gegen die Beherrschung der Unternehmer zu protestieren und eine andere Einteilung der Arbeitszeit zu verlangen. Die Unternehmer lehnte sich aber über diese Frage sehr leicht hinweg. Sie stellten den Organisationsvertretern gegenüber einfach die Behauptung auf, sie hätten eine Umfrage bei ihren Arbeitern gehalten und dabei festgestellt, daß mehr als zwei Drittel der Arbeiter mit der bestehenden Arbeitszeit zufrieden seien. Im Interesse des Friedens und weil die Arbeiter der Ansicht waren, die Unternehmer würden von selbst eine Besserung der Arbeitszeit vornehmen, sah man von einer gewaltsamen Durchsetzung ab. Aber am 1. Januar des Jahres gelang es, die Unternehmer wurden endlich einmal als gleichberechtigten Faktor anerkannt, der hatte sich gründlich geäußert. Es dürften zwar heute nur noch wenige Menschen geben, die bestritten, daß die Lebensmittel und sämtliche Bedarfsartikel ganz bedeutend im Preise gestiegen sind, und daß aus diesem Grunde es nur recht und billig wäre, wenn man den Arbeitern, die doch die Schöpfer aller Werte sind, eine entsprechende Lohnzulage gewährt. Die Unternehmer aber taten nichts dergleichen, sondern versuchten im Gegenteil die Löhne noch zu reduzieren, die Arbeiter waren deshalb zur Selbsthilfe gezwungen, und so schied sich unterm 25. Juni 1909 folgendes Schreiben sowohl an einzelne Unternehmer als auch an den Arbeitgeberverband:

Plauen, den 26. Juni 1909.

An die Herren Baugeschäftsinhaber zu Plauen.

In einer am 22. bzw. 24. Juni stattgefundenen Versammlung der Maurer, Zimmerer und Baufeldarbeiter wurde beschlossen, den Herren Baugeschäftsinhabern folgende Lohnforderung zu unterbreiten: Die Arbeitszeit soll wie bisher zehn Stunden, beginnend morgens 6 Uhr, unterbrochen durch eine einstündige Mittags- und je eine halbstündige Frühstückspause und Vesperpause, betragen. Der Stundenlohn soll für Maurer und Zimmerer von 45 auf 50 $\frac{1}{2}$ S., für Sandarbeiter von 35 auf 40 $\frac{1}{2}$ S., für Kalk- und Ziegelträger auf 55 $\frac{1}{2}$ S. festgesetzt werden.

Indem wir Ihnen vorliegendes nach dem uns gewordenen Auftrag mitteilen, wollen wir gleichzeitig bemerken, daß wir zur mündlichen Verhandlung und Begründung unserer Forderung jederzeit bereit sind. Da wir unsern Auftraggebern in einer am 3. Juli stattfindenden Versammlung Bericht erstatten müssen, so ersuchen wir Sie, uns spätestens bis Freitag, den 2. Juli, Bescheid zugehen zu lassen.

Einer gefälligen Antwort entgegengehend, zeichnet

In Hochachtung

Die Lohnkommission usw.

Anstatt nun dem Wunsche der Arbeiter Rechnung zu tragen und sich auf friedlichem Wege mit den Antragstellern auseinanderzusetzen, gaben die Unternehmer am 1. Juli folgenden laconischen Bescheid:

An die Lohnkommission.

Auf Ihre Eingabe vom 25. Juni teilen wir Ihnen mit, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Plauen und Umgebung in seiner Generalversammlung vom 30. Juni einstimmig beschlossen hat, mit Mitleid auf das jetzt sehr schwer danielierende Baugewerbe sowie den äußerst ungünstigen Geschäftsgang in unsern Industrie, die Forderungen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter abzugeben, ist jedoch nicht abgeneigt, zu geeigneter Zeit mit der Lohnkommission in Verhandlung zu treten, in der Voraussetzung, daß solche Forderungen vor Beginn der Bauperiode gestellt werden.

Die andern Unternehmer gaben bis auf zwei überhaupt keine Antwort, und diese beiden erklärten ebenfalls, zurzeit nicht bewilligen zu können, sie seien jedoch nicht abgeneigt, zu verhandeln.

Nachdem nun die beauftragte Kommission in die Frage kommenden Verhältnisse nochmals eingehend geprüft hatten, kam man zu dem Entschlusse, die Entscheidung über Krieg oder Frieden den Versammlungen selbst zu überlassen. Die Folge war, daß in den am 6. Juli stattgefundenen Versammlungen der Zimmerer und Maurer mit überwiegender Mehrheit der Streik beschlossen wurde. — Vergleicht man die Schreiben der Unternehmer, so findet man, daß dieselben Argumente, die 1903 und 1905 schon gehalten wurden, auch jetzt wieder von ihnen herorgeholt wurden. Da waren wir doch begierig, zu erfahren, wann eigentlich die Unternehmer glauben, daß einmal die lang ersehnte bessere Zeit kommen wird? Wir erinnern daran, daß die Zeit von 1900 bis 1905 nichts zu wünschen übrig ließ. In diesen Jahren war Überfluß an Arbeitsgelegenheit; die Arbeiter hatten damals bereits auch den Unternehmern ihre Wünsche vor Beginn der Bauperiode mitgeteilt. Und trotzdem gingen die Unternehmer damals genau so wenig wie heute auf die Forderungen der Arbeiter ein. Zur Arbeitsniederlegung selbst wollten wir noch bemerken, daß sie wider Erwarten ausfiel. Wie bei der letzten Wahlenkontrolle festgelegt wurde, arbeiten neben 51 Policern nur 22 Gesellen als Streikbrecher. Von den Streikenden sind bereits in den ersten zwei Tagen 150 Mann abgereist, 14 haben sich anderweitig Beschäftigung gesucht, während 76 Mann bereits zu den neuen Bedingungen arbeiten. Um nun zu zeigen, daß die Streikenden nach wie vor bereit sind, mit den Unternehmern zu verhandeln, wurde seitens der Streikleitung folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband gerichtet:

Indem wir hierdurch den Empfang Ihres Schreibens vom 1. Juli bestätigen, teilen wir Ihnen mit, daß die gestern stattgefundenen Versammlungen der Maurer und Zimmerer die von Ihnen angeführten Gründe nicht für ausschlaggebend gehalten und deshalb beschlossen haben, die Arbeit so lange

ruhen zu lassen, bis eine anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgt ist. Gleichzeitig wollen wir nochmals darauf hinweisen, daß wir nach wie vor zur mündlichen Verhandlung gern bereit sind.

Hochachtungsvoll Die Lohnkommission.

Bis zur Stunde ist eine Antwort auf dieses Schreiben noch nicht eingegangen. Soweit wir aber unterrichtet sind, hat am 7. Juli bereits eine Versammlung der Unternehmer stattgefunden und am 9. Juli soll eine Versammlung der Arbeiter über Krieg oder Frieden entscheiden. Wenn es richtig ist, was erzählt wird, nämlich, daß in den Versammlungen der Unternehmer gerade diejenigen gegen die Bewilligung der Forderung sind, die zurzeit Maurer nicht beschäftigen, so muß man sich eigentlich wundern, daß es Leute, die mit dem Streik nicht das geringste zu tun haben gelassen, ihr dort ihre Stimme gegen den Frieden mit in die Waagschale zu werfen. — Wie dies schon von jeher üblich ist, finden wir es auch jetzt wieder, daß die beiden bürgerlichen Blätter die Arbeiter schon grüßlich machen, indem sie den Streik als ausschließliches Begehren und den Arbeitern raten, sich von „Drabziehern“ abzuwenden. Wir haben zurzeit andre Aufgaben zu erfüllen, als uns schließlich in eine Polemik mit den bürgerlichen Zeitschriften einzulassen. Wir wollen denselben aber jetzt schon verraten, daß wir nach der Bewegung mit ihnen abrechnen und ihnen die entsprechende Dultung geben werden. Auch die Plauerer Polizei ist wieder bestraft, den Kampf der Arbeiter niederzuknüppeln, wie das bereits bei der Bewegung der Spigenweber der Fall war. Schon damals wiesen wir von dieser Stelle aus darauf hin, daß die Polizeibehörde sich dazu hinreißen ließ, das Streikpostensystem zu verbieten. Es bedurfte damals aller Anstrengung, die Behörde zur Zurücknahme dieser Verordnung zu bewegen, und nur sehen wir nach einigen Tagen schon wieder dasselbe Schauspiel. Nicht nur, daß man sich wieder die bürgerliche Polizei zugelegt hat, das Polizeigewalt verbietet, einfach das Streikpostensystem und droht jeden, der verstoßen, der es wagen sollte, trotz des Verbotes noch weitere Posten zu setzen. Soviel uns erinnerlich ist, hat die Streikleitung der Textilarbeiter in dieser Sache bereits den Streikposten verboten, man verdrang seinerzeit seitens der Streikpostenmannschaft, die Sache auf schnellstem Wege zu erledigen. Trotzdem warten die Textilarbeiter noch heute auf einen entsprechenden Bescheid. Sollte die Polizeibehörde nicht darauf zurückkommen, die erlassene Verordnung rückgängig zu machen, so werden die Streikleistungen durch eine weitere Verschärfung versucht, baldigst einmal zu erfahren, wie man höheren Orts über solche Verordnungen denkt. Mit dem augenblicklichen Stand der Bewegung können wir sehr wohl damit zufrieden sein. Hoffentlich haben die Plauerer Maurer aus den beiden verloren gegangenen Streiks die richtige Lehre gezogen und legen nunmehr alles daran, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen.

Gau Lübeck.

In Plön, wo bisher der Stundenlohn 47 $\frac{1}{2}$ S. betrug, hatten die Kollegen eine Lohnverhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ S. pro Stunde und für alle Arbeiten über 3 km von der Stadt einen Aufschlag von 5 $\frac{1}{2}$ S. pro Stunde gefordert. Nach mehrfacher Verhandlung erklärten sich die Unternehmer bereit, vom 1. Oktober d. J. an den Stundenlohn um 3 $\frac{1}{2}$ S. zu erhöhen und die Zulage von 5 $\frac{1}{2}$ S. pro Stunde für auswärtige Arbeiten zu gewähren. Als Grenze für Stadtarbeit wurden folgende Punkte festgelegt: Gutiner Chaussee bis zur Fegelsche, Klüßburger Chaussee bis zum Gulerstein, Kieler Chaussee bis zum Fußweg nach Traun und Sandburger Chaussee bis zum Chausseebau hinter der Mache. Dieses Angebot wurde angenommen und die Lohnbewegung damit beendet.

In Heiligenhafen fordern die Kollegen eine Lohnverhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ S. pro Stunde. Die Unternehmer lehnten bisher jegliche Verhandlung ab; Schriftlich teilen sie uns mit, daß sie in diesem Jahre die 2 $\frac{1}{2}$ S. nicht zahlen könnten. Außerdem müßten sie erst mit ihren Kollegen in Oldenburg näher darüber sprechen. Unsere Kollegen haben bis jetzt noch von schärfstem Mangeln Abstand genommen in der Erwartung, daß sich die Unternehmer noch zu einer Verhandlung herbeilassen.

In Gütin wird ein neues Wasserwerk ausgeführt. Diese Arbeiten hat die Tiefbaugesellschaft Liebold & Co. aus Holzminden übernommen, die dabei organisierte Maurer aus Berlin beschäftigt. Diese Kollegen bekommen, soweit wir unterrichtet sind, pro Stunde 80 $\frac{1}{2}$ S. Aber um die Orte übliche neunstündige Arbeitszeit summieren sie sich nicht. Um hier Remedie zu schaffen, haben wir uns veranlaßt, mit dem Vertreter der Firma am Orte, dem Polier Flaum (wollt auch Verhandlungsmittel sein) darüber zu verhandeln. Das Resultat war, daß wir zugestanden, bis zur Fertigstellung der Wasserleitung neunzehn Stunden zu arbeiten. Damit erklärte sich der Polier auch einverstanden und versprach uns, daß nachher nur neun Stunden gearbeitet würden. Derselben Abend waren die dort beschäftigten Kollegen zu einer Sitzung eingeladen und sie versprachen uns auch, dann nicht länger als neun Stunden arbeiten zu wollen; auch im Afford würden sie nicht arbeiten. Nachdem nun der Sockel fertig ist, sind jetzt circa 20 Berliner Maurer am Wasserwerk beschäftigt und arbeiten ganz wie es ihnen beliebt, einmal neunzehnhalb, auch zehn Stunden und darüber. Am 7. Juli waren die sämtlichen Kollegen zu einer Versammlung eingeladen, aber kein einziger war gekommen. Sie sollen andern Kollegen gegenüber geklärt haben, weil es eine auswärtige Firma sei und dort noch allgemein elf Stunden lang gearbeitet würde, könnte es auch ihnen niemand verbieten, länger als neun Stunden zu arbeiten. Es blieb nun in diesem Fall weiter nichts übrig, als die Firma Liebold zu sperren und diese Sorte Kollegen auszuschließen.

Gau Magdeburg.

Der Kampf in Coswig wird mit voller Schärfe weitergeführt. Die Unternehmer setzen in ihrer Torheit gar nicht, daß sie sich selbst immer mehr und mehr den Boden abgraben. So wurden die umfangreichen Arbeiten der neuen Friedrichsmauer von seiten der Stadt der Firma Wichter & Bauer übertragen. Die Firma ist aus streikenden Maurern hervorgegangen und hat die Forderungen der Streikenden glatt bewilligt. Daß der Bau der Friedrichsmauer gerade dieser Firma übertragen worden ist, hat bei den befreiten Unternehmern unangenehme Zeit ausgelöst. In der neuen Nummer der „Coswiger Zeitung“ heußt einer von ihnen darüber, daß die Stadtverwaltung die Arbeit während des Streiks vergeben hat, „wo Staatsbauten bei Streiks zurückgehalten werden und auch bürgerliche Kreise mit notwendigen

Arbeiten warten“. Die Stadtverwaltung habe sich einer Unterstützung der Streikenden schuldig gemacht, denn 20 Maurer könnten bis zum Herbst am Bau beschäftigt werden. — So mußte es kommen. Das dämpfte den Übermut der Unternehmer, die sich vorgenommen hatten, die Streikenden vollständig zu lassen. Jetzt bekommt ein Teil der Streikenden lohnende Arbeit, und die Unternehmer müssen sich einen schönen Verdienst an der Nase, die sie bisher so hoch trugen, abwaschen. Welche Annahme liegt in der Forderung, die Stadtbeförderung solle ebenso wie die Staatsbehörden und bürgerlichen Kreise mit der Vergütung von Arbeitern warten! Mit welcher Spur von Recht können denn die Unternehmer verlangen, daß die Stadtbeförderung einzig und allein auf die Unternehmer Rücksicht nimmt? Nur Leuten, denen der Schmutz den Kopf so verdeckt hat, daß sie in den Arbeiter nur noch Menschen niederen Grades sehen, die den Unternehmern zur schrankenlosen Ausbeutung überliefert sind, können solche unverständliche Forderungen stellen. Nur recht und billig ist es deshalb, daß die Stadtbeförderung nach den befreiten Unternehmern in diesem Falle gar nicht gefragt hat, und die Arbeit, da sie sie brauchte, vergeben hat.

In Gaderneben ist auf dem Wege der Verhandlungen der Lohn von 36 auf 38 $\frac{1}{2}$ S. erhöht worden. Der Unternehmer Weiße sträubte sich erst in der hartnäckigsten Weise, als er aber sah, daß es den Kollegen ernst war und sie auch vor dem Streik nicht zurückschrecken, stimmte er der Forderung zu.

Gau Mannheim.

In Pforzheim hat sich der Stand des Streiks wenig verändert. Die Unternehmer waren die letzten Wochen in der Werbung von Streikbrechern fleißig tätig. Für Hauptleistungsbetrieb ist der Schwarzwald und der hiesige und hiesige Oberrhein. Die organisierten Kollegen in diesen Gegenden müssen ihre Augen offen halten und nützlichem den Streikbrecherangeboten zeigen, wo der Zimmermann das Holz gelassen hat. — Im letzten Bericht wurde auch kurz erwähnt, daß die „Christlichen“ den Unternehmern Helfersdienste leisten. Von diesem schmutzigen Geschäft haben sie auch in der letzten Woche nicht abgelassen. Die bürgerlichen Zeitungen zeigen sich immer öfter als Schamacherorgane. Unter einem unerschämten Schmähatitel brachte der „Pforzheimer Anzeiger“ nachstehende illustrierte Zeitsbilder:

Ein Zeitbild.

„Eine Frau in geeigneten Umständen, haustener: „O, kaufen Sie mir auch meine Kamillen ab.“ — Hausfrau: „Ja, was soll ich denn mit den Kamillen machen, da sind ja noch die Stiele dran.“ — Arme Frau: „Ja, das können wir nicht abgeben.“ — Hausfrau: Warum nicht? — Arme Frau: „Weil Sie, die Kamillen haben wir bloß, weil mein Mann nicht schaffen darf, er ist Maurer.“ — Hausfrau: „Deshalb kann er doch schaffen, wenn's notwendig ist, das kann ihm niemand vernehren.“ — Arme Frau: „Ja, dann schlagen Sie ihn tot.“ — Hausfrau: „Geben Sie Ihre Kamillen her.“ — So geschah im Jahre 1909 hier in Pforzheim in Deutschland, wo das Arbeiten teils von Geizhals und teils von Geizhals wegen verboten wird. Und dieser Staat wundert sich noch, wenn es tagtäglich mehr mit ihm vergah geht.“

Wir ersuchten den J.-Arbeiter um Namen und Wohnung der „Maurersfrau“, damit wir in der Lage wären, das „Gespräch“ auf seine Nichtigkeit prüfen zu können. Auf eine Antwort warten wir bis heute noch. Trotzdem kam zwei Tage später:

Noch ein Zeitbild:

Vor dem Glasabfluß meiner Wohnung lautet ein zirkel zwölf Jahre altes Mädchen. Joh: Was willst du? Es: Geben Sie mir etwas, Mutter hat das Wasser in der Wanne ist im Spital. Joh: Da hast du 10 $\frac{1}{2}$ S. (nach einem Pfennig); wie heißt du denn? Es: St. Joh: Wo ist der Vater? Es: Er kann nicht arbeiten. Joh: Warum nicht? Es: Er muß Posten stehen. Joh: Streikposten? Es: Ja.

Diese „rührenden Geschichten“ entpuppen sich als Schwindel. Tatsache war, daß eine Frau in geeigneten Umständen mit Stielen verhaustete (die Stiele konnten ja deshalb nicht abgeputzt werden, weil der Mann streifte — wer laßt da nicht? —), nur hatte das Geschichtchen den kleinen Fehler, daß es keine Maurersfrau war. In andern Fällen konnten wir feststellen, daß überhaupt keine Frau eines Streikenden im Spital liegt und daß sämtliche Mitglieder, deren Namen mit St. beginnt, in Arbeit stehen. Zu dieser Stimmungsmaaserei — es ist eine ganz natürliche Folge — kommen noch die fortwährend sich heuernden Übergriffe der Polizei. Daß man eine Gelegenheit sucht, die Streikleitung zu stützen (wie es die „Christlichen“ wünschen), beweist der Anknüpfen des Kriminalbeamten Kläber. Bernhard gehört verhaftet, sonst kriegen wir keine Ruhe.“ Vom Gewerkegerichtsvorstand, Regierungsdirektor Steing, der sich bei den Verhandlungen vor dem Streik nicht als unparteiischer Vorsteher, sondern als Unternehmerrückstärkte zeigte, werden die Streikenden als Brecher angesehen. Ein Schlichter unterließ sich nach Feierabend mit unsern Streikposten und wurde deshalb am nächsten Morgen der Räumungsschlichter kurzgefaßt entlassen. Der Fabrikant hatte 3 St. zwei Streikbrecher beschäftigt und machte geltend, daß durch den Verstoß seiner Arbeiter mit den Streikenden die Streikbrecher in ihrer Ruhe gestört werden könnten. Ohne die Sachen zu prüfen, sagte Steing zu dem Schlichter: „Ja, sie hätten mit den Streikenden nicht reden dürfen, das ist ein Grund zur Entlassung; das nächste Mal müssen sie vernünftiger sein.“ Wie herzlich weit haben wir es im liberalen Musterlande! Waden gebracht! Gegen diese partielle Haltung der Behörden zugunsten der Unternehmer und gegen die Verleumdungen der bürgerlichen Blätter nahm eine Waffenvorstellung der Pforzheimer Arbeiterchaft am 6. Juli Stellung. Nach Referaten von Horst und Bernhard, die von stimmungsmäßigem Beifall begleitet wurden, nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an.

„Die heute, am 6. Juli, im „Adler“-Saale in Pforzheim tagende, stark besuchte Versammlung der Arbeiterchaft Pforzheims hat sich durch die Ausführungen der beiden Referenten (Horst und Bernhard) davon überzeugt, daß die Maurer vor dem Streik wirklich waren, bei etwas Entgegenkommen der Unternehmer die Lohnbewegung friedlich zu regeln. Nur das vollständige Abbleiben jedes Entgegenkommens und das Abbrechen der Verhandlungen seitens der Unternehmer zwang die Maurer zum Streik. Die Versammlung ist weiter davon überzeugt, daß es den Unternehmern bei gutem Willen möglich

Fliesenlegergewerbe war das Bedürfnis nach Arbeitskräften völlig gedeckt, es waren schon Regier arbeitslos. Um einer Überfüllung des Arbeitsmarktes vorzubeugen, brachten wir jene Notiz. Wir können in ihr keinen Verstoß gegen den Tarifvertrag erblicken, sondern fühlen uns verpflichtet, in gleichen oder ähnlichen Fällen ebenso zu handeln.

Münsterberg. Eine am 25. Juni im „Café Merz“ stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung nahm den Bericht über die an demselben Tage stattgefundenen Einigungsverhandlungen mit der Firma Villeroy & Boch entgegen. Es handelte sich, wie wir in Nr. 25 des „Grundstein“ berichteten, um die Abschaffung von Sonderverträgen neben dem geltenden Tarifvertrag. Streitobjekt war die Bezahlung der Hilfsarbeiter bei den im Jahre 1908 begonnenen Verblendenarbeiten an den Baumunterführungen. Nach dem bestehenden Tarifvertrag soll der Unternehmer für je zwei Fliesenleger einen Hilfsarbeiter stellen. Nach den abgeschlossenen Sonderverträgen dagegen müßten die Regier ihre Hilfsarbeiter von ihrem Arbeitslohn selbst bezahlen. Da dies ein offensichtlich ungerechter Verstoß gegen den Tarifvertrag war, nahmen wir nach Verhängung der Sperre an, der Arbeitgeberverband würde sein Mitglied Groß (Villeroy & Boch) zur Einhaltung des abgeschlossenen Vertrages veranlassen. Statt dessen drohte er die Aussperrung aller Münsterberger Fliesenleger an, wenn wir nicht sofort die Sperre aufheben wollten. Eine am 24. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung lehnte die Aufhebung der Sperre ab und verlangte gleichzeitig die Abschaffung weiterer Mißstände bei der gesperrten Firma. Darauf berief der Arbeitgeberverband zum 25. Juni eine Einigungsung, in der Herr Groß nach mehr als zweistündiger Beratung sein Sonderabkommen zurückzog. Nachdem so der Vertrag von der gesperrten Firma in vollem Umfang anerkannt worden war, beschloß die Versammlung die Aufhebung der Sperre. Ferner wird nach dem, daß die Fliesenleger Wilhelm Geise und Gustav Dohler zwar am ersten Tage die Arbeit mit niedrigeren, dann aber heimlich verschwand und sich vom Geschäft nach Schwelmfurt schicken ließen, wo sie als Streikbrecher arbeiteten, bis wir sie mit vieler Mühe zurückholten. Sie sind jetzt nach Essen gereist, wo sie hofentlich von unsern Kollegen im Auge gefaßt werden. Am Streik waren 23 Kollegen beteiligt, die alle — bis auf die Genannten und die Brüder Louis und Ferdinand Schide aus Essen — ihre volle Pflicht getan haben.

Molierer und Steinholzleger.

Berlin. Am 7. Juli fand hier eine Versammlung der Steinholzleger statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie stellen wir uns zur Kündigung unres. Lohns? 2. Anträge des Vorstandes und Verbandangelegenheiten. Der Vorsitzende verlas zunächst den in der vorletzten Versammlung nach eingehender Beratung angenommenen Lohnsatz, der nach der Kündigung des alten Tarifs den Fabrikanten vorgelegt werden soll. In der Diskussion über den ersten Punkt, wurde von der großen Mehrheit der Molierer die Kündigung des jetzigen Tarifs bestritten. Begründet wurde die Kündigung damit, daß der im Jahre 1908 auf ein Jahr abgeschlossene und seitdem immer wieder verlängerte Tarif bis heute eine Lohnsteigerung nicht brachte, obwohl die Miets- und Lebensmittelpreise fortwährend stiegen. Nachdem einzelne Positionen des neuen Tarifs noch kleinere Abänderungen erfahren hatten, wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen, den alten Tarif vom 15. Juli zu kündigen. Mitgeteilt wurde, daß die Firma Deute, Mironow & Co. den alten Tarif ebenfalls, und zwar schon am 1. Juni, gekündigt hat. Die Inhaber dieser Firma meinen also auch der Ansicht zu sein, daß die bisherigen Löhne den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen und durchaus aufgebessert werden müssen. Verschiedene Zweifler meinten zwar, daß das ein Aufheben nach rückwärts sein werde. Ob sie damit recht haben? — Man sollte den guten Leuten in der Potsdamerstraße nicht zutrauen. — Aufgenommen wurden zwei Mitglieder, ausgetreten das Mitglied Otto Perl. Beschlossen wurde ferner, alle Mitglieder, die länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, nicht mehr im Arbeitsnachweis einzutragen, sondern an den Vorstand zu verweisen.

Leipzig. Am 5. Juli legten hier die Steinholzleger einstimmig die Arbeit nieder. Über 40 Kollegen melbten sich an diesem Tage bei der Streikleitung. Die auswärtig beschäftigten Kollegen wurden telegraphisch von der Arbeitsniederlegung in Kenntnis gesetzt. Auf diese Kollegen hatten die Fabrikanten die größte Hoffnung gesetzt, indem sie glaubten, diese von der Verbandsleitung räumlich getrennten Verleger würden sich dem Streik nicht anschließen. Doch auch diese Hoffnung wurde zerstört; denn im Laufe der Woche stellten sich fast alle noch beschäftigt gewesenen Kollegen der Streikleitung zur Verfügung. Ende der Woche waren 71 Streikende zu verzeichnen. — Daß nicht alle Fabrikanten mit dem schroffen Vorgehen des Bauhandwerkersverbandes und mit Ablehnung des Tarifes ohne jede Verhandlung einverstanden waren, beweist die Tatsache, daß einzelne Fabrikanten mit der Streikleitung Verhandlungen anbahnten. Am 7. Juli nahmen die Fabrikanten in einer Versammlung Stellung zum Streik. Am 9. Juli wurde uns mitgeteilt, daß am 14. Juli eine Einigungsung stattfinden solle. Inzwischen hat sich herausgestellt, worauf die Kritik der Fabrikanten hinausläuft. Mit dem Hinausgeben der Verhandlung wollten die Unternehmer Zeit gewinnen, um die Streikenden gehörig bearbeiten zu können, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen. Es wurde ihnen 70 1/2 Stundenlohn und M 2,50 Auszahlung versprochen. Die Kollegen lehnten aber das Angebot ab. Aus dem Angebot der Fabrikanten ist zu ersehen, daß sie den geforderten Lohn sehr gut zahlen könnten, wenn nur der gute Wille da wäre. Es heißt denn doch die Dinge an den Kopf stellen, wenn in einem Brief an die Verleger behauptet wird, der Streik diene lediglich dem Interesse der kleinen Fabrikanten, die sowieso schon durch Unterbietung der Preise die Branche schädigen. Umgekehrt ist es: jeder Streik, und nicht zum wenigsten dieser, lehrt, daß die in den Unternehmerverbänden sitzenden Schatzkammer darauf ausgehen, die kleinen Unternehmer von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Ganz

besondere Mühe, die Kollegen zu Streikbrechern zu machen, gibt sich der Bauführer Wittig von den Leipziger Logementwertern. Er scheint sich nicht nur nicht, gemeine Lügen zu verbreiten, indem er die Behauptung aufstellt, bei den übrigen Leipziger Firmen sei die Hälfte der Regier stehen geblieben, sondern sich auch gegen die Regier geistig zu wehren, daß er einem Streikposten mit Ausweisung droht. Leider haben sich auch hier Elemente gefunden, die den Streikenden in den Rücken fielen. So arbeiten zwei Streikbrecher, und zwar der Verleger Oswald Meißner, Leipzig-Anger und ein Arbeiter, sowie der oben genannte Bauführer in Gassel am Theaterneubau unter dem Schutze der Polizei. In Düren (Rheinland) sind ebenfalls drei Streikbrecher zu verzeichnen, und zwar der Bodenleger Plarre-Leipzig mit zwei Mann. Dieser Plarre arbeitet Tag und Nacht, ja selbst Sonntags am Krankenhausneubau in Düren. Weitere Streikbrecher haben sich bis jetzt nicht gefunden. Wenn uns die gesamte Bauarbeiterchaft in der bisherigen Weise weiter unterstützt und insbesondere dafür sorgt, daß die Fabrikanten keine neuen Arbeitswilligen bekommen, dann wird der Sieg bald auf unserer Seite sein. Außer den oben angeführten sind noch folgende Bauten im Gange: Bielefeld (Krankenhaus), Am-brook b. Sagen (Krankenhaus), sowie mehrere Neubauten in Breslau.

Aus den Einigungsämtern.

Abteilung Cöln.

Sitzung vom 26. Juni 1909.

Anwesend: Beigeordneter Dr. Fuchs, Vorsitzender; Bruns, Soemann, Kurze, Bertel, Thiemann, Bögen vom deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; Ahrens vom Zentralverband der Baugewerblichen Hilfsarbeiter; Janßen vom Zentralverband der Zimmerer; Kreibohm, Nütz vom Zentralverband der Maurer; Frenzen, Lange vom Zentralverband der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter; als Zeugen: Arbeitgeber Bauwens-Cöln, Hellmann-Gilden, Mühlentamp-Düsseldorf, Schüller (für die Firma Stöder), Arbeitnehmer Beder-Cöln, Duns-Düsseldorf, Schödel-Mülheim am Rhein; als Protokollführer Firmenich.

Streitfall Stöder beim Bahnbau in Cöln-Süd und Ralf.

Da über die Verhältnisse auf den Baustellen keine Klarheit herrscht, soll eine Kommission, bestehend aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern, gewählt werden, die die Verhältnisse an Ort und Stelle prüft und entscheidet.

Ergibt diese Kommission keine Einigung, so bestimmt der Vorsitzende des Einigungsamtes einen Obmann, dessen Schiedsspruch endgültig ist.

Es werden gewählt a) Arbeitgeber: Bertel, Soemann, b) Arbeitnehmer: Ahrens, Lange. Als Obmann bestimmt der Vorsitzende Herrn Beigeordneten Rehorst-Cöln.

Die Kommission soll feststellen, ob bei den Bahnbauten Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigt sind und die tarifmäßigen Löhne erhalten, bezügl. ob die genannten Arbeiterkategorien Betonarbeiten ausführen. (Vertrag S. 24, Nr. 14).

Wird die Firma für verpflichtet erklärt, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen, so muß sie ebenfalls die zu wenig gezahlten Löhne vom Zeitpunkt des Schiedsspruches der Schlichtungskommission ab nachzahlen.

Entscheidung über das Lohngebiet Cöln-für Kanalarbeiter. (Firma Bauwens.)

Das Einigungsamt erklärt sich ausnahmsweise bereit, über diese Angelegenheit zu verhandeln, obgleich die Schlichtungskommission nicht gehört worden ist.

Es handelt sich um die Löhne für Kanalarbeiter in Opladen.

An der Begründung zu Nr. 7 des Schiedsspruches vom 17. Mai 1908 heißt es:

„In sämtlichen Lohngebieten, mit Ausnahme der Plätze Barmen, Cöln und Elberfeld, werden Kanalarbeiter von den übrigen Maurern nicht unterschieden.“

Die Arbeitgeber vertreten den Standpunkt, daß unter „Platz“ die betreffende Stadt, die Arbeitnehmer dagegen das ganze Lohngebiet zu verstehen sei.

Die Angelegenheit wurde vertagt, um vorerst ein Gutachten der damaligen Schiedsrichter eingeholen.

Streitfall bei der Firma Schmamm in Werresheim.

Es wird festgestellt, daß die Firma Schmamm dadurch, daß sie den Maurern und Bauhilfsarbeitern in Werresheim nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt, sich außerhalb des Tarifvertrages für das Baugewerbe gestellt hat.

Das Einigungsamt spricht sich dahin aus, daß die Firma verpflichtet war, den Maurern den tarifmäßigen Lohn für den 8., 4., 5. und 6. Mai zu zahlen; bezügl. der Bauhilfsarbeiter wird der Antrag zurückgezogen, weil diese durch Niederlegung der Arbeit vertragsmäßig geworden sind.

Wenn festgestellt wird, daß die Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter direkt oder indirekt durch die Organisation der Maurer veranlaßt worden ist, so wird der Schiedsspruch für die Maurer hinfällig.

Wird dagegen festgestellt, daß sie durch die Organisation der Bauhilfsarbeiter veranlaßt worden ist, so ist die Firma Schmamm Schadenersatzberechtigt.

Bevorzogen gegen die Firma Gebr. Böhmer und August Behrmeister in Ratingen sowie gegen E. Riese in Wentrath.

Es wird festgestellt, daß die Arbeitgeber dadurch, daß sie nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt haben, sich außerhalb des Tarifvertrages für das Baugewerbe gestellt haben.

Das Einigungsamt spricht sich dahin aus, daß diese Arbeitgeber verpflichtet sind, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen und soweit nachweisbar, nachzuzahlen.

Streit der Bauarbeiter in Gilden und Kaiserswerth (Firma Hellmann).

In Gilden und Kaiserswerth ist die Arbeit aufgenommen, da Gilden in den Tarifvertrag für das Baugewerbe aufgenommen ist.

Wenn aber festgestellt wird, daß Gilden auf Grund Behauptung falscher Tatsachen, die eine Aufhebung des Vertrages rechtfertigen würden, bei den Verhandlungen in Essen in den Vertrag aufgenommen worden ist, so sind die für Düsseldorf (Land) festgesetzten Löhne von der Aufnahme der Arbeit ab zu zahlen und nachzuzahlen.

Die Gildener Arbeitgeber sollen eine diesbezügliche Erklärung an den Vorsitzenden einreichen.

Sondervertrag der Firma Jansen in Düsseldorf.

Die Angelegenheit wird vertagt, da Jansen in der in Frage kommenden Zeit nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes gewesen sein soll.

Der Vorsitzende des Düsseldorfer Arbeitgeberverbandes, Mühlentamp, wird zur Feststellung, ob Jansen Mitglied war oder nicht, die mit diesem geführte Korrespondenz vorlegen.

Lohnzahlung bei Abbruch des Arbeitsverhältnisses.

Die Bestimmungen hierüber sind im Tarifvertrage ausdrücklich festgelegt.

Antrag auf Einbeziehung der Zimmerer des Stadt- und Landkreises Mülheim a. Rh. in den Vertrag.

Der Antrag wird zurückgezogen.

gez.: Dr. Fuchs. gez.: Firmenich.

Abteilung Essen.

Sitzung vom 22. Juni 1909.

Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath a) von den Arbeitgebern:

Johann Franke-Münster i. W., G. Walter-Mühlentamp, W. H. Hildebrand, Paul Strud-Gütersloh, G. Werner, i. H. Werner & Daub, G. m. b. H. Siegen, Karl Quag, i. H. Vollenborn-Mülheim a. d. Ruhr, Schmidt und Reich vom Arbeitgeberbund (Essen) und Otto Homberg, i. H. Koppers;

b) von den Arbeitnehmern:

H. Rahl-Dortmund, G. Peters-Dortmund, H. Janßen-Düsseldorf, Fr. Werner-Rabern, Th. Hauschen-Bochum, A. Meise-Bochum, Karl Schilling-Duisburg, Ernst Mühlentamp-Cöln. Außerdem Sekretär Lamber, Beisitzer der Arbeitnehmer, und Oberstadtssekretär Heßlich als Protokollführer.

Es wurde verhandelt bezügl. beschlossenen:

Punkt 1. Zur Klarstellung der Frage, ob ein Unternehmer, welcher außerhalb seines Wohnortes Arbeiten ausführt, von den entlassenen Arbeitern verlangen kann, daß sich diese Geld und Papiere vom Bureau des Unternehmers abholen, ohne für die hierzu benötigte Zeit Entschädigung verlangen zu können, sollen dem Einigungsamt Erhebungen in der Hinsicht angefertigt werden, welche Auffassung über diese Angelegenheit vor dem Abbruch des Tarifvertrages bei den Vertragschließenden bestanden habe.

Einigungsamt gab vorläufig seiner Ansicht, die nicht zum Beschluß erhoben wurde, dahin Ausdruck, der Unternehmer sei mit Rücksicht auf § 6 Absatz 3 des Vertrages bei auswärtigen Arbeiten im Falle der Auflösung des Arbeitsverhältnisses verpflichtet, soweit irgend möglich, dem Arbeiter Geld und Papiere auf der Arbeitsstelle auszubringen, jedenfalls müsse dies aber geschehen, wenn die Kündigung von den Arbeitgebern ausgegangen sei. In Einzelfällen müsse den Schlichtungskommissionen oder Gewerbegerichten die Entscheidung nach Maßgabe dieser grundsätzlichen Auffassung unter Berücksichtigung der örtlichen Eigenheiten überlassen bleiben.

Punkt 12. Dem Antrage des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker Deutschlands, Sekretariat Rabern, vom 8. Juni 1909 auf Einbeziehung des Lohngebietes Gütersloh in den Vertrag, wird entsprochen und zwar auf folgender Grundlage:

1. Zum Lohngebiete Gütersloh gehören Gütersloh, Stadt und Amt Gütersloh (Wanzenbögen, Rabensiedt, Nordhorn, Sudern), Gemeinde Rattenfroh.
2. Der Lohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter beträgt jetzt 45 resp. 35 %, am 1. Oktober 1909 steigt er auf 47 resp. 37 %, vom 15. März 1910 ab beträgt er 48 resp. 38 %.
3. Die Arbeitszeit ist gegenwärtig zehneinhalb Stunden und vom 1. Oktober cr. ab zehn Stunden. Im September soll die örtliche Regelung der Arbeitszeit erfolgen.
4. Die Lohnzahlungsperiode beträgt 14 Tage; Zahltag ist am Mittwoch. Die Kündigungsfrist beträgt einen Tag.

Für vorübergehende Arbeiten auf einer auswärtigen Baustelle, die weiter als 6 km vom Mittelpunkt der Stadt entfernt liegt, wird ein Zuschlag von 5 % pro Stunde gezahlt. Vorausgesetzt wird hierbei, daß der Arbeitnehmer mindestens so weit zu gehen hat, wie er vom Geschäft des Arbeitgebers entfernt wohnt.

Die übrigen Bestimmungen richten sich nach dem Vertrage für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen.

Die Obmänner der Schlichtungskommission sollen dem Einigungsamt alsbald mitgeteilt werden.

Punkt 4. Es soll vom Einigungsamt an Ort und Stelle festgestellt werden, welche Segener Firmen unter den in dem Vertrage festgestellten Arbeitsbedingungen arbeiten lassen. Als Feststellungstermin wurde der 20. Juni cr. in Aussicht genommen. Den Organisationen wird Teilnahme an diesem Termin, zu dem Einladung ergehen soll, anheimgestellt.

Die vorliegende Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung des Einigungsamtes erneut zur Verhandlung kommen.

Punkt 5. Die Entscheidung der von der Schlichtungskommission Duisburg aufgeworfenen Frage wegen Zahlung von Randgeld an die von der Firma Gullmaue & Wegmann auf einer Baustelle in Angerbauken in einer beschäftigten Arbeiter muß der beziüglichen Instanz überlassen bleiben.

da seitens derselben nicht das zur Beurteilung des Falles erforderliche Material unterbreitet ist und seitens des Einigungsamtes tatsächliche Feststellungen nicht zu machen sind.

Im bezeichneten Falle muß vor allen Dingen noch festgestellt werden, ob die Arbeiter bei dem Antritt der Arbeit in Angerhausen in dem Glauben waren, sie würden ein besonderes Aufgebot für den Randweg bekommen oder sie seien aus dem alten Arbeitsverhältnis entlassen und für die Arbeit in Angerhausen erneut angenommen.

Punkt 7. Die Beschwerde gegen die Firma Heint. Koppers zu Essen wurde als erledigt angesehen, nachdem der Vertreter der Firma erklärt hatte, zum Punkt 1 der Beschwerde, den fraglichen Maurern und Bauhilfsarbeitern werde der Lohn nach Maßgabe des Tarifs nachgezahlt und zum Punkt 2, dem Arbeiter G. Rafe solle die Lohnforderung für fünfzehnstündige Arbeitszeit bewilligt werden.

Die weitere Beschwerde gegen die Firma Koppers wegen Beschäftigung von Arbeitern in elfstündiger Arbeitszeit muß mangels Vorliegens der Unterlagen der örtlichen Schlichtungskommission unterbreitet werden. Der Vertreter der Firma erklärte, die tarifliche Arbeitszeit werde jetzt in ihren Betrieben durchgeführt.

Punkt 8. Dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission Duisburg soll seitens des Einigungsamtes aufgegeben werden, in allen Fällen den Vorschriften der Geschäftsordnung gemäß zu verfahren. Die zum Vortrag gebrachte Angelegenheit Böding mußte von ihm unbedingt und ohne Rücksicht auf seine eigene Auffassung zur Verhandlung gebracht werden. In der nächsten Sitzung des Einigungsamtes soll darüber beschlossen werden, ob für die Bearbeitung von imprägnierten Holzern eine Entschädigung nach der tariflichen Bestimmung über die Vergütung von Karbolinsäure- und Teerarbeiten zu zahlen ist.

Punkt 9. Die Klage gegen die Firma Volkenborn ist der örtlichen Schlichtungskommission zu unterbreiten. Einigungsamt wird der bezeichneten Firma mitteilen, daß sie als Vertragspartei verpflichtet sei, den Einladungen zu den Sitzungen der Schlichtungskommission Folge zu geben, widrigenfalls angenommen werden müsse, sie stelle sich außerhalb des Tarifvertrages.

Punkt 12. Die Frage, ob der Sitz der Firma oder der Ort, an welchem die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist, bei der Entscheidung der Zuständigkeit des Einigungsamtes maßgebend sein soll, wurde durch den grundsätzlichen Beschluß des Einigungsamtsvorsitzenden Gön-Barmen-Essen durch den 15. Mai 1909 erledigt, nachdem folgendes festgelegt ist: „Bei auswärtigen Arbeiten, die einen lediglich vorübergehenden Charakter tragen, sind die am Orte der bauseitigen Firmen festgelegten Lohnsätze und Münzbestimmungen maßgebend. Bei dauernden auswärtigen Arbeiten, insbesondere da, wo die Arbeitskräfte an der Arbeitsstelle angenommen werden, treten die Lohnbestimmungen und Münzbestimmungen des Ortes in Kraft, in welchem die Arbeitsstelle gelegen ist. Die Zuständigkeit der Schlichtungskommission und des Einigungsamtes bestimmt sich bei ersteren Arbeiten nach dem Betriebsort, bei letzteren nach dem Ort der Arbeitsstelle.“ Dieser Beschluß soll den Organisationen zugefertigt und in der nächsten Sitzung zur Erörterung gestellt werden.

Punkt 13. Auf Anregung der Schlichtungskommission Medinghausen wird dahin entschieden, daß auch bei Accordarbeiten die tarifliche zehnstündige Arbeitszeit innerzulegen ist.

Punkt 11 ist durch Punkt 3 erledigt.

Punkt 9. Die Mitglieder des Ortsverbandes des Arbeiterbundes Lüdenscheid müssen den Lohn an Bauhilfsarbeiter nach dem Vertrag mit 43 g (nicht 42 g) pro Stunde bezahlen.

Punkt 10. Der Antrag des Gauleiters Peters-Dortmund auf Aufhebung des § 8 des Kollektivvertrages wurde vom Antragsteller zurückgezogen, jedoch soll nochmals in Erwägung darüber angetreten werden, wie eine Besserung in der Behandlung der Geschäfte seitens der Schlichtungskommission erreicht werden kann.

Punkt 11 kann mangels der erforderlichen Unterlagen nicht verhandelt werden.

Gez. Rath. gez. Medlisch.

Das Einigungsamt Essen hielt am 30. Juni eine Sitzung in Angerhausen ab. Außer den Vertretern der Organisationen waren 33 Unternehmer aus Siegen und dessen Umgegend anwesend. Der Vorsitzende, Beigeordneter Rath-Essen, legte die Gründe dar, die zu dieser Sitzung veranlaßten. Am 8. September 1908 wurde dem Einigungsamt von der Ortsgruppe Siegen des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker Deutschlands die Mitteilung unterbreitet, die Mehrzahl der Sieger Arbeitgeber verfolge fortgesetzt gegen den Tarifvertrag, indem sie elf Stunden arbeiten lasse, während die Arbeitszeit nur zehneinhalb Stunden dauern dürfe; des weiteren seien Entlohnungen der Arbeiter vorgekommen, die sich geweigert hätten, elf Stunden zu arbeiten, ferner sei von einigen Unternehmern nicht der tarifliche Lohn gezahlt worden. Diese Beschwerde der Arbeitnehmer sei dem Arbeitgeberbund abschriftlich mitgeteilt worden und letzterer habe darauf geantwortet, der Ortsverband Siegen, der von vornherein erklärt habe, eine elfstündige Arbeitszeit fordern zu müssen, gehöre dem Arbeitsvertrage nicht an, und der Bund sei nicht in der Lage, in irgend einer Weise auf ihn einzuwirken. Darauf sei die Sache am 8. November 1908 vor dem Einigungsamt in Essen verhandelt, bei welcher Gelegenheit der Einspruch des Arbeitgeberbundes gegen die Einbeziehung des Ortsverbandes Siegen in den Geltungsbereich des Kollektivarbeitsvertrages zurückgezogen sei. Im Laufe der Sitzung habe Herr Fris-Essen die Erklärung abgegeben, der Vertrag bestände auch für Siegen zu Recht, dem Arbeitgeberbunde stünde aber keine Zwangsmittel zur Verfügung, die Sieger Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu zwingen. Wenn sie sich außerhalb des Tarifvertrages stellten, gäbe er den Arbeiterorganisationen anheim, Maßnahmen gegen sie zu ergreifen. In diesem Falle würde der Bund den Sieger Unternehmern während der festigen Vertragsdauer keine Unterstützung angedeihen lassen. Das Einigungsamt habe daraufhin, um dem Tarifvertrage auch für Siegen Geltung zu verschaffen,

direkt mit dem Ortsverband Siegen verhandelt, und diese Bemühung sei infolge von Erfolg gewesen, als die Sieger Unternehmer erklärten, sich dem Vertrage unterstellen zu wollen. Um nun eine völlige Klärung der Sache herbeizuführen, sei die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung der Sitzung des Einigungsamtes vom 22. Juni 1909 gesetzt worden. In dieser Sitzung habe Herr Werner-Siegen eingehend dargelegt, die Sieger Firmen seien nicht in der Lage, die Bedingungen des Vertrages zu erfüllen und kämen deren Vorschriften oft nicht nach. Da diese Erklärung allgemein Erstaunen hervorgerufen habe, habe Werner auf eine Anfrage erklärt, er sei vom Sieger Arbeitgeberbund nicht zur Abgabe der ausgesprochenen Erklärung bevollmächtigt und habe nur seine persönliche Meinung wiedergeben wollen. Der Zweck der heutigen Sitzung sei nun der, in Erfahrung zu bringen, ob sich die Sieger Unternehmer unter den Vertrag stellen wollten oder nicht.

Der Vorsitzende referierte nochmals seinen Standpunkt dahin, daß die Arbeitgeber Siegens als Mitglieder des Arbeitgeberbundes, der den Vertrag unterzeichnet habe, verpflichtet seien, ihn zu erfüllen, widrigenfalls sie die Konsequenzen aus einer ablehnenden Stellungnahme zu tragen hätten. Er unterbreitete daher die Fragen:

1. Gibt es Sieger Firmen, die sich auf den Boden des Vertrages stellen?

2. Weshalb überhaupt Bedenken, daß sich der Ortsverband Siegen dem Vertrag unterstellt?

Auf die Anfrage des Kollegen Ruff-Göln, wie sich der Arbeitgeberbund zu der vorliegenden Angelegenheit stelle, gab Herr Schmiedehaus die Erklärung zu Protokoll, der Bund nehme den Standpunkt des Vorsitzenden ein. Der Unternehmer Feinler-Siegen sagte hierauf, der Ortsverband Siegen habe bereits in einer Vorversammlung seinen Standpunkt festgelegt und Herrn Schmiedehaus ersucht, von diesem Beschluß hier Kenntnis zu geben. Hierauf erklärte Herr Schmiedehaus, der Ortsverband Siegen habe sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß er sich durch den Tarifvertrag nicht gebunden erachten könne; und zwar sei er darin bestärkt durch den Antrag, den unser Kollege Ruff, dem Vernehmen nach, in der letzten Sitzung des Einigungsamtes gestellt habe, die Einbeziehung des Ortsverbandes Siegen in das Vertragsgebiet abzulehnen. Hierauf führte Kollege Ruff aus, die Geschäftsleitung des Arbeitgeberbundes habe den Ortsverband Siegen in seiner Ansicht bestärkt, er brauche sich nicht dem Vertrage zu unterstellen, beziehungsweise seine Bedingungen zu erfüllen. Es frage sich hiernach, ob die Arbeitnehmer jetzt überhaupt noch in der Lage seien, die eventuelle Anerkennung des Vertrages durch die Sieger Firmen anzunehmen. Er habe den besagten Antrag nicht beim Einigungsamt gestellt. Heute müsse geprüft werden, ob die Sieger Firmen nicht verpflichtet gewesen seien, sich nach dem Vertrage zu richten, und diese Frage müsse er bejahen. Ruff-Göln, Vertreter der christlichen Organisation, erklärte, er habe geglaubt, der Vertrag wäre vom Ortsverband anerkannt, von der Mehrheit der Arbeiter liege kein Antrag vor, die Arbeitgebererschaft des Bezirkes Siegen von dem Vertrage auszuschließen. Der Unternehmervertreter Schmiedehaus weist den Vorwurf Ruffs zurück und erwidert, der Arbeitgeberbund habe nach der Unterzeichnung des Vertrages den Ortsverband Siegen stets zu seiner Erfüllung angehalten. Janßen von den Zimmerern legte in längerer Ausführungen seine Stellungnahme dar und bemerkte, er stände am dem Standpunkt, die Sieger Firmen hätten nicht erst heute den Vertrag anzuerkennen, sondern die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten von dem Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung durch den Arbeitgeberbund an zu erfüllen, also die Lohnzahlungen, die den Arbeitern vertragswidrig vorenthalten seien, nachträglich zu leisten. Von Hiltbrand (christliche Bauhandwerker, Ortsgruppe Siegen) wurde alsdann angeregt, die Leitung des Arbeitgeberbundes habe zweifelsohne ihren Einfluß zur Durchführung des Vertrages nicht in der gehörigen Weise geltend gemacht. Der Vertrag sei übrigens nur von einigen Firmen nicht innegehalten, die größere Zahl der Arbeitgeber Siegens habe den Vertrag aber erfüllt, auch hinsichtlich der Arbeitszeit, er verweise die Mitteilung des Herrn Schmiedehaus nicht, nach der die Arbeitgeber beschlossen hätten, sich nicht unter den Vertrag stellen zu können. Kollege Ruff schloß sich den Forderungen Janßens auf Nachzahlung des Vertragslohnes an. Der Vorsitzende bemerkte alsdann, er habe aus den Darlegungen Hiltbrands entnehmen können, daß die Schilderung der Sachlage, wie sie von Werner-Siegen in der Einigungsung am 22. Juni 1909 gegeben sei, nicht als ganz richtig gelten könne, da nur einige Firmen vertragswidrig gehandelt hätten. Zur Vermeidung erneuter langwieriger wirtschaftlicher Kämpfe empfehle er, daß die Unternehmer heute die Erklärung abgeben, dem Vertrage nunmehr beizutreten. Unternehmer Klein-Siegen weist darauf namens des Arbeitgeberbundes Siegen hin, von den Arbeiterorganisationen gegen die Bundesleitung erhobenen Vorwurf zurück und erklärte, er brauche der Mitteilung des Herrn Schmiedehaus, um deren Abgabe sie ihn besonders ersucht hätten und nach der sie nicht in der Lage seien, den Vertrag anzuerkennen, nichts mehr hinzuzufügen.

Der Vorsitzende stellte hierauf fest, ein Widerspruch gegen diese Erklärung erhebe sich in der Versammlung nicht, es müsse daher angenommen werden, daß sich die Unternehmer des Ortsverbandes Siegen — auch die abwesenden gemäß der Fassung der Einladung — außerhalb des Vertrages stellten.

Internationale Maurerbewegung.

Italien.

Nach zehntägiger Dauer hat der Streit unserer Kollegen in Rom mit einem Vergleich geendet. Die ursprünglichen Tarifforderungen von 48 Centesimi Stunden-

lohn für die Maurer, 40 Centesimi für die Erdbarbeiter und 20 Centesimi für die Hilfsarbeiter sind angenommen worden, nicht aber, wie die Unternehmer forberten, für die Dauer von drei Jahren, sondern für einen Zeitraum, den eine Schiedsgerichtskommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Rom festlegen wird. Nach Ablauf des Tarifes tritt der neue in Kraft, den die Arbeiter während des Streiks aufgestellt haben, und der für die Maurer einen Tagelohn von 5 Lire bei neunstündiger Arbeit festsetzt. Auch über die Dauer dieses Tarifes entscheidet die Kommission, deren Mitglieder zur Hälfte Arbeiter und zur Hälfte Unternehmer sind.

Zentralfrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 4. bis 10. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 400, Hamburg 500, Driesen 400, Werder a. d. Havel 400, Weihenstephan 600, Mittenwalde 250, Eschlin 250, Dahleburg 200, Saarnund 200, Erbenheim 200, Magdeburg 157,70, Bülzig 100, Gölzig 100, Leipzig-Gölzig 100, Schweisewitz 100, Friedrichshagen 100, Seelitz 125, Thale 80, Reglin 80, Schwärzau 60, Summa M. 3002,70.

Zuschuß erhielten: Neu-Langow M. 250, Straßburg i. Elz 200, Münster i. Westf. 200, Alt-Sienide 100, Torgelow 100, Langenbrunn 65, Summa M. 915.

Altona, 10. Juli 1909.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Bericht von der Generalversammlung.

Die in Hamburg am 21. Mai 1908 vertragte Generalversammlung war vom Vorstand auf den 4. Juli 1909, morgens 9 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus in Charlottenburg einberufen worden.

Der Vorsitzende der Kasse, H. Themar, begrüßte namens des Vorstandes die erschienenen Delegierten und gab bekannt, daß der Delegierte Heinrich Schmidt in Düsseldorf sowie das Mitglied des Schiedsgerichts und Ausschusses Johann Stanning verstorben seien. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Delegierten von ihren Sitzen. Nachdem auch W. Strahl namens der Verwaltungsstelle Charlottenburg die Delegierten begrüßt hatte, eröffnete W. Schulze-Hamburg die Generalversammlung und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Bericht vom allgemeinen Krankentafel- und Hilfskassenkongress, betreffend den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. 2. Bericht über die finanzielle Lage der Kasse. 3. Beratung und Beschlußfassung über die auf der letzten Generalversammlung zurickgestellten und vom Vorstand und Ausschuss zu § 9 Ziffer 1 des Statuts neu eingebrachten Anträge. 4. Verschickenes in Kassenangelegenheiten.

Die Verlesung der Prüfnisliste ergab, daß 59 Delegierte anwesend waren. Vom Vorstand waren anwesend Themar und Kläßen, vom Ausschuss und Schiedsgericht Müllingenburg. Entschuldig hatten sich Schröder-Groß-Möden und Matthes-Groß-Möden. Ohne Entschuldigung fehlte Ulrich-Grubben. Themar ersuchte die Generalversammlung, den ersten Punkt der Tagesordnung als letzten Punkt zurückzustellen. Es wurde demgemäß beschlossen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag ein geschriebener Bericht vor, der von Kläßen ergänzt wurde. Danach betrug am 30. Juni 1909 das Gesamtvermögen der Kasse M. 616 279, wovon sich noch M. 54 872 als Bestände in den Verwaltungsstellen befanden. Im Jahre 1907 hat die Mehrausgabe M. 16 000, im Jahre 1908 M. 108 000 und im ersten Quartal dieses Jahres M. 115 000 betragen. Es müssen in diesem Jahre circa M. 110 000 zum Mehrerlösefonds abgeführt werden. Es stellen demnach in diesem Jahre circa M. 225 000 erübrigt werden; dazu wären bis Ende Juni circa M. 21 000 vorhanden. Es müssen demnach ohne Zweifel die Einnahmen erhöht werden. Der Vorstand und Ausschuss schlägt vor, den § 9 Ziffer 1 des Statuts dahin abzuändern, daß in jedem Quartal bis zu zwei Extrabeiträge erhoben werden können. Beschlossen wird, den § 9 Ziffer 1 des Statuts dahin abzuändern, in jedem Quartal in jeder Klasse einen Wochenbeitrag extra, also statt 13, 14 Wochenbeiträge zu zahlen. Ferner wurde beschlossen, den § 8 Ziffer 1 des Statuts dahin abzuändern, daß die ärztliche Untersuchung der Neubetreitenden wegfällt und dieselbe nur in zweifelshaften Fällen verlangt werden kann.

Hierdurch mußten § 4 Ziffer 1 und 4, § 5 Ziffer 3, § 7 Ziffer 1 a. b., § 8 Ziffer 2, § 10 Ziffer 4 und § 15 Ziffer 18 einer reaktionellen Veränderung unterzogen werden, was beschlossen wurde.

Zu § 22 Ziffer 5 wird eine neue Einteilung der Wahl- abteilungen beschlossen.

Die benannten abgeordneten Paragraphen werden als Nachtrag zur Genehmigung eingereicht.

Alle weiteren Anträge wurden als erledigt erklärt, die Generalversammlung wurde darauf vertagt.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Bekanntmachung.

Ausgeschloffen auf Grund § 1a der Satzung sind folgende Mitglieder:

Anna Schöring (Nr. 3999), Sina Dahms (3688), Frieda Knibbe (3762), Friedrich Knibbe (3811), August Nie (3816).

Der Vorstand.

J. A. B. Themar, Vorsitzender.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.
* Zur Beachtung! Den Vertrauenspersonen im Geltungsgebiet der Norddeutschen Bau- gewerkschafts-Vereinsorganisation ist mitgeteilt, daß man im Vorstand dieser Vereinskassenhaft beabsichtigt, die am 1. Januar 1909 im Kraft getretenen Unfallversicherungs-

vorschriften nochmals zu revidieren — und zwar nach rückwärts. Die §§ 19, 20 und 24 dieser Vorschriften (im Teil A für Betriebsinhaber, B für Arbeiter), betreffend Versicherungen, sollen abgeändert werden, weil angeblich diese Bestimmungen Maßnahmen enthalten sollen, welche der Unternehmer leichtig gemacht sind. Das Reichsversicherungsamt wird zu diesem Antrags auf der Arbeiterseite auf keinen Fall seine Zustimmung geben können. Vor allem wird es aber auch die solidarische Pflicht der baugewerblichen Vertrauenspersonen sein müssen, gegen das geplante Vorgehen der Reaktionskräfte von der „Nord-Südlichen“ öffentlich zu protestieren. — Weitere Mitteilungen in dieser Sache werden folgen.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung.

J. M. G. Heintze.

Antonienhütte. Am 6. Juli stürzte am Neubau der katholischen Kirche ein Gerüst ein. Zwei Maurer und vier Arbeiter wurden verletzt. Ein Arbeiter wurde tödlich verletzt. Die Ursache der Unglücksfälle ist noch nicht ermittelt. Es wurde in die Gasse der Kirche geschleudert, wo er sein junges Leben — er war 18 Jahre alt — beendete.

Tuxhagen. Hier stürzte am 17. Juli ein Bauwerk ein. Der Arbeiter wurde tödlich verletzt. Die Ursache der Unglücksfälle ist noch nicht ermittelt.

Rein. Beschäftigung. Bei einer Kirchenreparatur stürzte der Dachbeder Grabe jr. aus Nordhagen circa 15 m in die Tiefe auf Baufeldern. Ein Schädelbruch war die Folge des Unfalles. Er wurde in die Gasse der Kirche geschleudert, wo er sein junges Leben — er war 18 Jahre alt — beendete.

Rhingen. Auf dem hiesigen Fabrikumbau wurde der Kollege Gustaf Stimm von einer Welle erfasst und mehrere Male herumgeschleudert. Er erlitt sehr schwere Verletzungen, mehrere Knochenbrüche und Querschnittswunden. Mit einem Krankenwagen wurde er nach dem Karolinenstift in Neu-Ulm gebracht. Wie das Unglück erfolgte, weiß man noch nicht genau.

Rheinberg. Am 4. Juli stürzte hier ein im Umbau befindlicher Saalbau vollständig zusammen. Rüt dem Umstand, daß der genannte Tag ein Sonntag war, ist es zu bedauern, daß Arbeiter dabei nicht zu Schaden kamen. Die Ursache des Einsturzes konnte noch nicht ermittelt werden, doch ist zu vermuten, daß die Verankerung fehlte oder völlig ungenügend war. Der Bau wurde von der Firma Gebrüder Müller-Rheinberg ausgeführt.

Verden. Am 10. Juli ereignete sich hier an einem Umbau in der Georgenstraße ein Unglücksfall. Der Maurer Christian Bomeyer war in der dritten Etage mit dem Feststampfen des Betons beschäftigt, als plötzlich die Schalung nachgab und mit ihm 8 m in die Tiefe stürzte. Ein Arm, der gleich zur Stelle war, hielt bei dem Verunglückten Bein- und Schulterverletzungen fest.

Der Haussturz auf dem Legionskaserneplatz in Stuttgart vor Gericht. Am Nachmittag des 15. Oktober 1907 stürzte bekanntlich der mittlere Teil des Hauses Kleine Königstraße Nr. 9 auf dem Platz der ehemaligen Legionskaserne in Stuttgart ein und begrub sieben dabei beschäftigte italienische Arbeiter unter seinen Trümmern. Nach langen und schwierigen Aufräumarbeiten, die von der Stuttgarter Berufsfeuerwehr vorgenommen wurden, wurden die 45, 25 und 27 Jahre alten Arbeiter Leo Morganti, Luigi Marzantonio und Giovanni Pasoli tot, der vierundzwanzigjährige Arbeiter Andreas Petini schwer verletzt aus dem Trümmerschaufel herbeigeholt; der letzte starb noch am gleichen Tage im Krankenhaus. Drei weitere Arbeiter hatten Querschnitt-, Bein- und Rückenverletzungen und andere Verletzungen erlitten. Am 22. Juni, 1 1/2 Jahre nach dem Unglücksfall, begann nun vor der Stuttgarter Strafkammer die vier Tage dauernde Verhandlung, die die Schuldigen der gerechten Strafe überliefern sollte. Die Anklage legte dem Angeklagten, Bauwerkmeister Josephmann, zur Last, daß er als verantwortlicher Leiter des Baues, den Angeklagten Wühl und Schätze, daß sie als die mit der Aufsicht über den Bau beauftragten es unterlassen haben, die Betonier- und Maurerarbeiten mit der nötigen Sorgfalt zu beaufsichtigen, dem Angeklagten Baurat Wolf, daß er bei der Herstellung der Pläne dem die statische Berechnung vornehmenden Ingenieur nicht die nötigen Grundlagen zu dieser Berechnung gegeben und daß er bei Ausarbeitung der Zeichnungen die Art und Beschaffenheit des Mauermaterials und des Mörtels nicht vorgeschrieben habe. Infolge aller dieser Verletzungen sei der die Hauptlast des mittleren Teils des Gebäudes tragende Pfeiler D so schwach und schlecht ausgeführt und so ungünstig belastet worden, daß er den auf ihm lastenden Druck nicht tragen konnte, sondern zusammenbrach und so den Einsturz des Gebäudes herbeiführte. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung.

Wie immer vor Gericht, so war auch hier jeder der Angeklagten „unschuldig“. Niemand wollte für den Bau verantwortlich gewesen sein und einer schob die Schuld auf den andern. Jeder hatte tausend Gründe bereit, um seine Unschuld zu beweisen.

Der Unglücksfall wurde für die Rheinische Kreditbank von der Firma Krüger & Lauermann, Berlin, aufgeführt. Diese Berliner Firma setzte den Angeklagten Bauwerkmeister Josephmann als Geschäftsführer resp. Firmenvertreter in Stuttgart ein. Josephmann übertrug seinerseits die Maurerarbeiten an einige Unterabnehmer, und zwar an die Italiener Bepelloni & Maggi, die ihm, wie er bei der Verhandlung sagte, als tüchtig und zuverlässig empfohlen worden waren. Bei der Vernehmung redete sich Josephmann damit heraus, daß er sagte, als Geschäftsführer der Firma K. & L. habe er mit der Durchführung, mit Vertragsabschlüssen und schriftlichen Arbeiten so viel zu tun gehabt, daß er sich um die Bauausführung und Bauaufsicht nicht habe kümmern können. Dies sei Sache der von der Rheinischen Kreditbank bestellten Bauleitung gewesen. Dieser Hinweis galt den Angeklagten Wühl und Schätze, die als Bauführer des Bauwerkmeisters Josephmann für die Rheinische Kreditbank die Aufsicht führten. Beide Angeklagte bestreiten, schuldig zu sein. Im übrigen wollte Wühl von Schätze und Schätze von Josephmann abhängig gewesen sein. Nach Ansicht des

Angeklagten Baurat Wolf ist die Ursache des Einsturzes in der miserabel und betrügerisch ausgeführten Arbeit der italienischen Unterabnehmer zu suchen. Beim Abruch im Sommer 1903 sei festgestellt worden, daß die Mauern und Pfeiler mit Schutt, Mörtel und Zed auszufüllen, anstatt ausgemauert waren. Nachfolgend ging aus den Protokollen der drei gerichtlichen Augenzeugen hervor. Danach war der in Frage kommende Pfeiler D, auf den im ersten Stock ein 80 cm starker Träger aufgelegt war, schon im Keller mangelhaft konstruiert. Zwischen dem festgestellten Betonkern und der Backsteinmauerung habe sich eine 15 cm starke Betonrinne befunden, von der beim Abbruch Brocken herunterfielen und in der sich Erdbecken und Mörtelneister, ja sogar ein Brett befunden habe. Auch andere Mangelhaftigkeiten seien festgestellt worden. So ruhte der 80 cm starke Träger direkt auf dem Pfeiler ohne die sonst übliche eiserne Platte, die den Druck zentral auf die ganze Säule verteilt. Hofwerkmeister Langleiter sagte als Zeuge, es sei unverantwortlich gepusht worden. Solange der Bauführer auf dem Platz war, habe man gut gemauert, nachher habe man mit Schutt und Zed das Innere der Mauern ausgefüllt. Die Firma Krüger & Lauermann habe überall sparen wollen, sie habe den minderwertigen Zement geliefert usw.

Bauwerkmeister Mörringer gab Auskunft über seine Beobachtungen bei den Abrucharbeiten; Mauern und Pfeiler seien zum Teil laminar aufgeführt worden; auf Höhe von 2 m sei das Innere mit Schutt, Abfall und Brocken ausgefüllt gewesen; es sei sehr schlechter Beton und fast gar kein Zementmörtel, auch an den stark belasteten Stellen nur Kalkmörtel verwendet worden. Der Beton sei vielfach nicht gestampft, sondern einfach aufgeschüttet worden; darin habe man u. a. auch eine Hohlkugel gefunden. Er sei überzeugt, daß kein Stuttgarter Maurer solche Arbeit ausführe, ohne daß er dazu angewiesen werde.

Nach beendeter Zeugenvernehmung wurden nicht weniger als 13 Sachverständige, Professoren, Bauärzte usw. als Gutachter vernommen, von denen die meisten die schlechte Arbeit und das Fehlen einer Eisenplatte unter dem Träger auf dem Pfeiler D, resp. die einseitige Belastung dieses schlecht gemauerten Pfeilers als die Ursache des Einsturzes bezeichneten. Auf Grund dieser Gutachten kam das Gericht zu der Überzeugung, daß fahrlässig gehandelt worden ist. Es beurteilte demgemäß den Angeklagten Josephmann zu vier und den Angeklagten Wühl zu zwei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Wolf und Schätze wurden freigesprochen. Bei Wolf sei positiv erwiesen, daß ihn ein Verstoß nicht treffe, bei Schätze sei nicht widerlegt, daß er die Einlage einer Eisenplatte zwischen Pfeiler und Träger angeordnet habe. Josephmann und Wühl dagegen haben es an der nötigen Überwachung fehlen lassen, sie seien dafür verantwortlich, daß wichtige Arbeiten nicht ordnungsgemäß zustande kamen.

Das Urteil ist, wenn man die Schwere des Unfalls in Betracht zieht, außerordentlich milde. Der Hauptschuldige sah allerdings nicht auf der Anklagebank. Es ist die Pflicht, die verdienen will um jeden Preis, auch wenn es über Leiden geht. Nicht die Befriedigung des Wohnbedürfnisses, der Ansprüche des wirtschaftlichen Lebens ist Aufgabe, Zweck und Ziel der Baulust. Verdienen will der Unternehmer, und nochmals verdienten Kaufleute und Überkaufleute mögen obdauern auf der Landstraße umherziehen oder in elenden Löchern hinstreiten, das ruht den Kapitalismus nicht. Sobald aber Profit winkt, dann ruht er sich. Aus Dred und Schutt macht er Paläste. Zu schwindelnder Höhe wächst der Bauempir, bis eines Tages der Schwindel zusammenbricht, eine Anzahl Menschen tot oder schwer verletzt vom Platte getragen wird. Ein paar Angeklagte werden vors Gericht gittert, vielleicht eingesperrt. Die Sache ist erledigt. — An einer andern Stelle wächst währenddessen ein andrer Schwindelbau lustig in die Höhe. Weber die „Meisterprüfung“ noch die „amtliche Baukontrolle“ noch „Vertrauenspersonen“ können es hindern.

Mit dem Einsturz des Schwindelbaues der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird auch erst der Aufschwund abgehan. Bis dahin ist es Aufgabe der Arbeiterkraft, durch ihre Organisationen und ihre politische Vertretung an Schutzmaßnahmen zu schaffen, was irgend möglich ist, damit die Opfer nicht zu zahlreich werden.

Submissionen. Bei Vergabe der Arbeiten zum Umbau des Bahnhofs in Cassel wurden für circa 35 000 ohm Bodenbewegung und circa 1400 qm Wegebefestigung verlangt von W. Winter - Breitenmorbis M. 26 880 und von M. Reg. Eisenach als Höchstforfordernden M. 90 825.

Gewerkschaftliches.

„Der Landarbeiter.“ Die erste Nummer des Organs des neu gegründeten, mit dem 1. Juni in Aktion getretenen Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist erschienen. Um die Aufgaben der Organisation und die Auffklärung unter den ländlichen Arbeitern zu vollziehen. Das Organ hält es für seine und des neuen Verbandes Pflicht, Sturm zu laufen gegen die miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse der Landarbeiter und die gesetzlichen Ausnahmestimmungen, unter denen bisher deren krankhafte Ausbeutung durch Junker und Bauern besorgt wurde. Der Inhalt der ersten Nummer teilt sich in Artikel, aufklärenden Inhalts, Mitteilungen aus den eigenen Organisationsgebieten und einem unterhaltenen Teil. Den Schluß bilden die Adressen des Verbandes, die Beitrittsbedingungen entgegenzunehmen. Die Beiträge hat der Verband in drei Klassen eingeteilt und den verschiedenen Lohnverhältnissen der ländlichen Arbeiter angepaßt. Sie sind demgemäß sehr niedrig und betragen: In der 1. Klasse 80 \mathfrak{M} , in der 2. Klasse 60 \mathfrak{M} und in der 3. Klasse 40 \mathfrak{M} pro Monat. Jeder Neueintretende kann sich die Klasse auswählen, die er zahlen will. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern nach dreimonatiger Mitgliedschaft unentgeltlichen Rechtschutz, nach einjähriger

Mitgliedschaft Krankengeld und nach zweijähriger Mitgliedschaft Sterbegeld. Das Krankengeld wird auf die Dauer von vier Wochen gezahlt und beträgt in der 1. Klasse M. 2,10, in der 2. Klasse M. 4,20 und in der 3. Klasse M. 5,60 pro Woche. Das Sterbegeld beträgt in der 1. Klasse M. 20, in der 2. Klasse M. 30 und in der 3. Klasse M. 40. Weiter ist der Verband seinen Mitgliedern beim Abschlusse von Arbeitsverträgen beihilflich.

Wir wünschen dem jungen Verband ein gutes Gedeihen! Mögen auch unsere ländlichen Kollegen, soweit ihnen die Auffklärung der Landarbeiter möglich ist, ihr Teil zur Stärkung der jungen Organisation beitragen; denn die Organisation der großen ländlichen Arbeitermassen liegt im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung überhaupt.

Zuschriften für den Verbandsvorstand sind an Georg Schmidt, Berlin SO 16, Michaelisplatz 1, 2. Et. zu richten, für die Redaktion an Fritz Kaab, ebendort. Die Adressen der Ortsverbände sind: für Provinz Sachsen, Anhalt und die Thüringischen Staaten Alfred Hille, Magdeburg, Höbenortstraße 53, 3. Et.; für Bayern rechts des Rheins: M. Reibitz, München, Spitzwegstraße 10, 2. Et.; für das übrige Süddeutschland und Südwestdeutschland: J. Harber, Stuttgart, Kelterstraße 85.

Generalversammlungen.

Die erste Konferenz der in der chemischen Industrie Deutschlands beschäftigten Arbeiter fand über Pfingsten im Mittelpunkt der chemischen Industrie, in Frankfurt a. M., statt. Außer den 106 Delegierten der „Eisenarbeiter“ waren anwesend: die Vertreter des Verbandes der Maschinen- und Feiler- und des Fabrikarbeiterverbandes, der die Interessen der chemischen Arbeiter bisher mit gutem Geschick vertreten hat, sowie Vertreter der Gewerbeinspektion für den Stadt- und Landkreis Frankfurt, für Offenbach, Darmstadt, Speyer und Karlsruhe, ferner ein Vertreter des Instituts für Gewerbehygiene aus Frankfurt am Main. Am ersten Verhandlungstag referierte Professor Dr. Sommerfeld über: „Die Vergiftungsgefahren“. Er betonte besonders die Notwendigkeit einer besonderen Kontrolle der Industrie durch hygienisch vorgebildete Ärzte. Am zweiten Tag hielt Dr. Schneider ein Referat über: „Die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter“. Er schilderte die schlechte Lage der in Betracht kommenden Arbeiter und stellte dem die Riesengewinne der Kapitalisten gegenüber. So haben beispielsweise die drei Gesellschaften Eisenerz, Felsenstein und Ludwigshafen A 1800 Dividenden pro Kopf ihrer Arbeiter verteilt, allein im Jahre 1907 35 Millionen Mark. Gewinne von über 800 pSt. seien an der Tagesordnung. Um hier für die Arbeiter Besserungen zu schaffen, forderte die Konferenz in einer Resolution die gesamte Arbeiterkraft der chemischen Industrie auf, sich unzerstückelt dem Verband der Fabrikarbeiter anzuschließen. Ueber die „Vergiftungsgefahren“ referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Wey. Auch zu diesem Punkt wurde eine Resolution angenommen, in der gesetzliche Schutzbestimmungen, Vermehrung der Aufsichtsbeamten, die achtstündige Arbeitszeit usw. gefordert werden.

Vom 7. bis 12. Juni tagte in München der sechste Verbandstag der Transportarbeiter. Der Vorsitzende Schumann gab an der Hand der gedruckt vorliegenden Jahrbücher für 1907 und 1908 ein anschauliches Bild der Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes in den letzten zwei Jahren. Infolge der wirtschaftlichen Krise ist gegenüber dem Jahre 1907 ein Mitgliederrückgang von 1215 zu verzeichnen. Von einem eigentlichen Niedergang kann jedoch nicht gesprochen werden, denn in demselben Zeitraum stieg die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge um 128 073. Ebenso ist auch seit dem letzten Verbandstag vor zwei Jahren die Mitgliederzahl von 81 784 auf 87 746 am Schluß des Jahres 1908 gestiegen. Die Zahl der Verwaltungsstellen hat sich von 257 auf 302 erhöht. Neben dem „Courier“ wird in einer Auflage von 10 000 Exemplaren der „Strassenbahner“ und als Fachorgan für die Reichsfektion der Eisenbahner der „Werk“ herausgegeben. Die beiden letzten Organe sind für die Organisation von großer Bedeutung, weil beide in Anbetracht der schwierigen Agitation unter den Eisen- und Straßenbahnern ein tüchtiges Stück Arbeit leisten müssen. In Bezug auf Lohnbewegungen blieb das Jahr 1908 infolge des wirtschaftlichen Niederganges gegenüber 1907 erheblich zurück. Im Jahre 1907 wurden insgesamt 539 Lohnbewegungen geführt, an denen 24 361 männliche und 1838 weibliche Berufsklassen beteiligt waren. Die Gesamtskosten dieser Bewegungen betrugen A 229 713,22. Im Jahre 1908 waren nur 394 Lohnbewegungen in 101 Orten zu verzeichnen. Die Kosten der gesamten Lohnbewegungen des Jahres 1908 beziffern sich auf A 54 741,78. Der durch die Lohnbewegungen erzielte Mehrlohn beträgt für alle Beteiligten im Jahre 1907 die Summe von A 2 316 520,36 pro Jahr, im Jahre 1908 dagegen nur A 1 242 520,24. Diesen materiellen Errungenschaften müssen hinzugeordnet werden die Summen, welche sich aus der Reueinführung von Ueberstundenbezahlung, bezog. Erhöhung dieser Lohnsätze sowie aus der Bezahlung von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, Prozenten, Spesen usw. ergeben. Zusatzbeiträge hat der Transportarbeiterverband mit einer großen Zahl Unternehmer abgeschlossen. Die Einnahme des Verbandes betrug im Jahre 1907 A 1 031 532,94, im Jahre 1908 A 1 134 227,09. Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug 1907 A 334 233,86, 1908 dagegen A 468 125,63, wozu noch ein Bestand der Ortskassen von A 244 880,80 kommt. Außer den oben angeführten Summen, die bei Lohnbewegungen herausgab, sind auch die Summen, welche für Unterstützungen angewandt wurden, ganz bedeutende. In einem Referat über „Die Zentralisation der Arbeitgeberorganisationen im Transportgewerbe und ihren Einfluß auf die Taktik des Verbandes“ wurde ausgeführt: Seit der Gründung der Arbeitgeberverbände sei die Situation für die Arbeiter eine ernster. Die Kampfbedingungen seien schwieriger geworden. Die Zeit der partiellen Streiks werde bald vorbei sein und die Kämpfe durch das organisierte Unternehmertum werden auf eine zentrale Grundlage gedrängt werden. Eine General-

aussperrung sei im Transportgewerbe schwieriger durchzuführen, als in der Industrie, weil die Unternehmer dadurch noch mehr geschädigt werden. Je stärker die Unternehmerverbände, desto hartnäckiger und umfangreicher werden die Streiks, dadurch sei auch die Verantwortung der Leiter der Organisation größer geworden. Daher sei es notwendig, daß die Chancen eines Kampfes richtig abgemessen werden. Einer momentanen Begeisterung zu Liebe dürfen Kämpfe nicht infiziert werden. Die Organisationsbestrebungen der Unternehmer mahnen dringend dazu, nichts unversucht zu lassen, um möglichst bald eine große Einheitsorganisation zu schaffen, dann werde es möglich, den kapitalistischen Übermut der Unternehmer zu zügeln. Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne.

Zum Punkt „Schaffung einer Einheitsorganisation für die Transportarbeiter“ wurde eine Resolution angenommen, durch die der Verbandsvorstand beauftragt wird, neue Verhandlungen mit den Verbänden der Hafenarbeiter und der Seefleute anzugehen. Kommt eine Verständigung zwischen den drei Organisationen nicht zu Stande, dann soll die Generalkommission als Schlichterin in Anspruch genommen werden. Vorschläge, an Stelle der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung eine Erwerbslosenunterstützung einzuführen, die keine Beitragserhöhung bedinge, wurden abgelehnt; der Beitragserhöhung wurde abgelehnt; der Einführung der Meistunterstützung wurde zugestimmt; Umzugsunterstützung wurde abgelehnt und die Höhe der Streik- und Gemahregelunterstützung je um 1 pro Woche erhöht.

Polizei und Gerichte.

Stich im Juch. In Thorn war unser dortiger Zweigvereinsvorsitzender, Kollege Metzkow, wegen Verletzung der §§ 5 und 18 Ziffer 2 des Reichsvereinsgesetzes angeklagt. Eine Mitgliedsversammlung unseres Zweigvereins sollte sowohl öffentlichen wie politischen Charakter gehabt haben und somit anmeldepflichtig gewesen sein. In der Unterlassung der Anmeldung sollte das strafliche Kriterium bestehen. Das Schöffengericht sprach Metzkow frei, worauf der Amtsanwalt Berufung einlegte. Aber auch die zweite Instanz, die Strafkammer, kam zu einem freisprechenden Erkenntnis. Doch der Eifer der Anklagebehörde ließ sich nicht dämpfen, jetzt hat sie Revision gegen das Urteil angemeldet. In der Revisionsrechtsfertigung heißt es: Der Zweigverein der thornischen Maurer ist ein sozialdemokratischer und als solcher auch dem sozialdemokratischen Zentralverband der Maurer Deutschlands in Hamburg angegeschlossen. Sozialdemokratische Vereine sind aber politische Vereine. Daß die fragliche Versammlung zur Förderung politischer Angelegenheiten bestimmt war, ist nicht zweifelhaft, da es eine Monatsversammlung eines politischen Vereins war. Ob politische Erörterungen stattgefunden haben, ist gleichgültig.

Des weiteren wird dann noch behauptet, die Versammlung sei öffentlich gewesen und es seien in ihr Maßnahmen der politischen Polizei kritisiert worden. Doch das ist nebenbei, weil es durch die Zeugenaussagen widerlegt wird. Der oben zitierte Revisionsgrund ist dagegen sehr wichtig. Jetzt wird nämlich eine höchgerichtliche Entscheidung darüber herbeigeführt werden können, ob die Gewerkschaften als politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes zu betrachten sind. In einem Urteil gegen den Bergarbeiterverband hat sich kürzlich ein solches Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß der Verband politisch sei. Sollte sich die deutsche Rechtsprechung dem allgemein zuneigen, so wäre das eine Demütigung der Gewerkschaften von zentraler Tragweite. Bei den Verhandlungen des Reichsvereins in der Reichshauptstadt haben die Regierungsvertreter sich über das andere Mal erklärt, daß man nicht beabsichtige, die Gewerkschaften den Bestimmungen für die politischen Organisationen zu unterstellen. Es wird sich nun zeigen, ob der Wille der Reichsregierung auch in der Rechtsprechung durchdringen wird. Die Vorderichter haben diesen Willen in ihren Erkenntnissen respektiert.

Soziales.

Soziale Rechtspflege.

*** Muß der Unternehmer die Invalidentarte nachschicken?** Das Gewerbeamt in Dortmund hatte über die Frage zu entscheiden, ob ein Unternehmer verpflichtet sei, einem Arbeiter auf dessen Ersuchen die Invalidentarte nachzuschicken. Ein Arbeiter hatte auf Lohnentschädigung geklagt, weil die Firma in Linder, bei der er kontraktlich beschäftigt worden war, ihm auf schriftliches Ersuchen von Dortmund aus die Invalidentarte nicht nachgeschickt hatte. Die Klage auf Schadenersatz wurde abgewiesen, weil der Arbeiter die Herausgabe seiner Invalidentarte an dem Beschäftigungsort und gleichzeitigen Aufbewahrungsort der Arbeitspapiere verlangen mußte, wo er sie abgegeben habe. Der Vorsitzende des Gewerbeamtes bemerkte aber noch, daß es in diesem Falle doch die moralische Pflicht des Arbeitgebers gewesen sei, dem Arbeiter zur Vermeidung der Fahrkosten von Dortmund nach Linder die Karte zuzuschicken.

*** „Sie können aber auch gleich gehen.“** Ueber die rechtliche Wirksamkeit dieser Nebenbemerkung besteht häufig unter den Arbeitern noch Unklarheit. Was der Unternehmer ihnen mit diesen Worten freispricht, betrachten viele Arbeiter oftmals als eine Aufforderung zum sofortigen Verlassen der Arbeit. Macht der Arbeiter dann wegen der „unberechtigten“ Entlassung seine Ansprüche beim Gewerbeamt geltend, dann wird er zu seiner Ueberzeugung mit den Forderungen abgewiesen. Ein derartiges Urteil veröffentlicht die Zeitschrift „Gewerbeamt“, Jahrgang 7, Spalte 12. Danach kündigt ein

Unternehmer einem Arbeiter auf 14 Tage und fügte hinzu: „Sie können auch gleich gehen“. Der Arbeiter packte sofort seine sieben Sachen und ging, forderte aber beim Gewerbeamt den Lohn für 14 Tage wegen rechtswidriger Entlassung. Die Klage wurde abgewiesen. Mit der bezeichneten Bemerkung hatte sich der Unternehmer lediglich damit einverstanden erklärt, daß der Arbeiter auch gleich gehen könne, wenn er das wollte. Sollte der Arbeiter weiter gearbeitet oder weiter arbeiten wollen, so wäre der Unternehmer verpflichtet gewesen, ihm Arbeit für 14 Tage zur Verfügung zu stellen. Und wenn er sich geweigert hätte, dies zu tun, hätte der Arbeiter Anspruch auf Lohn.

Verschiedenes.

*** Die Verwalter der Zweigvereinsbibliotheken** machen wir auf ein Angebot der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, aufmerksam. Sie bietet den Zweigvereinen das naturwissenschaftliche Monumentalwerk „Werden und Vergehen“, eine Entwicklungsgeschichte des Naturgeschehens in gemeinverständlicher Fassung von Carus Sterne, an. Der Ankauf dieses Buches ist sehr zu empfehlen; denn es ist eine der wertvollsten Arbeiten auf diesem Gebiete menschlichen Wissens. Für seine Bedeutung spricht schon der Umstand, daß ein Mann wie Wilhelm Volfsche es herausgibt. Der Ladenpreis des Buches beträgt sonst M 25, die Buchhandlung „Vorwärts“ ist in der Lage, es für M 10 abzugeben. Dieser ungewöhnlich niedrige Preis für ein solches Werk — es besteht aus zwei vornehm ausgestatteten und mit vielen Bildern und Zeichnungen versehenen Bänden — ermöglicht es auch wohl manchem Kollegen, der danach strebt, seine Erholungsstunden zur Vermehrung seines Wissens zu benutzen, sich das Werk anzuschaffen. Um jedoch unnütze Anfragen zu ersparen, bitten wir zu beachten, daß der Verbandsvorstand mit dem Vertrieb nichts zu tun hat; alle Zuschriften, Anfragen oder sonstigen Sendungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Eingegangene Schriften.

Der historische Materialismus. Von S. Gorter. Aus dem Holländischen überf. von Anna Bannet. Preis broschiert 75 Pf., gebunden M 1. Vereinspreis 50 Pf. Verlag S. H. W. Degg, Stuttgart.

Der Arbeiter, der helfen will, die Bourgeoisie zu besiegen, und der seine Klasse zur Herrschaft bringen will, muß in seinem Kopfe die bürgerlichen Gedanken, die ihn vom Jügend an von Sozial und Kirche eingeengt worden sind, überwinden. Es genügt nicht, daß er der Gewerkschaft und der politischen Partei angehört. Er wird nie mit ihnen siegen können, wenn er sich nicht selbst innerlich zu einem andern Menschen macht, als was er jetzt ist. Mit diesen einleitenden Worten kennzeichnet S. Gorter die Aufgabe seiner Schrift, die in vollkommener Sprache das Wesen und die Bedeutung des historischen Materialismus erklärt. Bei dem billigen Preis wird es auch unsern studienfreundlichen Kollegen möglich sein, die Schrift zu erwerben.

Briefkasten.

A. 200. Die Schulden Verlorenen gehen, wenn sie nicht bereits verjährte sind, auf die Erben über. Im vorliegenden Falle tritt die Verjährung innerhalb zwei Jahren, vom Schluß desjenigen Jahres ab gerechnet, ein, in dem die Schulden entstanden oder durch eine Teilzahlung der Eltern anerkannt worden sind. Die Verjährung kann durch Klagezustellung oder durch Zustellung eines Zahlungsbefehls von seiten des Gläubigers unterbrochen werden. In diesem Fall beginnt die zweijährige Frist von neuem. Nach erfolgter Verjährung steht dem Gläubiger ein Recht zu öffentlicher Mahnung nicht mehr zu.

Wilschhausen. Die Versammlungsanzeige muß für jede Versammlung wieder eingeleitet werden.

Schleus. Der eingegangene Bericht ist auf beiden Seiten beschriftet und außerdem mit Stempel noch mit Unterschrift versehen. Wenn der Abdruck verlangt wird, muß sich der Einsender zunächst legitimieren.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Karl Steffenhagen und Herm. Borst

werden ersucht, ihre Logischübungen in Wilsch, Landrechtsstraße, zu besahen. Kollegen, die im Besitz der Adressen genannter Kollegen sind, bitten wir, uns diese mitzuteilen.

[M. 1,20] Der Vorstand des Zweigvereins Wilsch.

Tuchel i. Westpr.

Am 25. Juli feiert der Zweigverein im „Hotel zum deutschen Kaiser“, Inhaber Herr Liebärs, sein

Erstes Stiftungsfest

bescheid in Konzert und Ball.

Pünktlich 4 Uhr nachmittags: Umzug durch die Stadt. Die Mitglieder der benachbarten Zweigvereine und Zahlstellen werden hiermit freundlichst eingeladen.

[M. 3,60] Der Vorstand.

Sterbetafel.

Bahn. Am 11. Juli starb unser treues Verbandsmitglied, der frühere Vorsitzende **Ferdinand Hühn** im Alter von 69 Jahren infolge eines Unfalls.

Berlin. Am 8. Juli starb unser Mitglied **August Klebsch** im Alter von 71 Jahren an Brustkreislähmung.

Sektion der Bager. Am 4. Juli starb unser Mitglied **Karl Schulze** im Alter von 69 Jahren an Nierenentzündung.

Dresden. Am 6. Juli starb unser Verbandsmitglied **Wilhelm Wolf** aus Mahmannsdorf im Alter von 64 Jahren an Augenleiden.

Gießen a. d. Ruhr. Am 5. Juli starb unser treues Verbandsmitglied **Johann Gisselbach** im Alter von 34 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Gelsenkirchen. Zahlstelle Duer. Am 5. Juli starb unser treues Verbandsmitglied **Karl Ehlert** im Alter von 20 Jahren.

Hildesheim. Am 5. Juli starb unser Verbandskollege **Karl Hasse** im Alter von 67 Jahren an Altersschwäche.

Hönn. Am 8. Juli starb unser Verbandskollege **Josef Dieck** im Alter von 37 Jahren an Augenleiden.

Münster. Am 3. Juli starb der Kollege **Waldemar Sonntag** im Alter von 36 Jahren an Gehirn-entzündung.

Obernburg i. Gr. Am 10. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Hilrich Meier** im Alter von 66 Jahren an Magenleiden.

Reichenbach. Am 3. Juli starb unser Verbandskollege **Gustav Steinberg** im Alter von 64 Jahren.

Romberg. Am 1. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege **Clemens Koch** aus Großenstein im Alter von 59 Jahren.

Sonderburg. Am 30. Juni starb unser Kollege **Niels Hassmann** im Alter von 41 Jahren.

Berlin. Am 10. Juli starb unser treuer Verbandskollege **Willy Lippert** im Alter von 25 Jahren an Augenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Berichterstatter, H Herberge, Rz Weiterleitung oder ausgeschickt bei.)

Seide. V Johannes Strube, Strümpf 17.

Königsberg i. Pr. Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt: Münster 24 b, 2. Et., Zimmer 20.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 17. Juli.

Schweiditz. Abends 8 Uhr im Arbeitercafé.

Sonntag, den 18. Juli.

Frankenhausen a. Kyff. Nachm. 2½ Uhr im „Barbarosagarten“.

Lörrach. Sehr wichtige Generalversammlung im Saale. Zu den drei Königen.

Nieder-Ingelheim. Alte Post. Mitgliedsbücher mitbringen.

Woldenberg. Nachm. 3 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen.

Dienstag, den 20. Juli.

Altenburg. Abends 6½ Uhr im „Wolke“.

Cunnersdorf i. Riesengeb. Nachm. 6½ Uhr in der „Andreaschule“.

Striegau. Abends 6½ Uhr im Gasthof „Richt Wismar“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Mittwoch, den 21. Juli.

Wittenberg. Abends 6½ Uhr. L.-D.: Einführung eines wöchentlichen Rotationskurses. Referent anwesend.

Donnerstag, den 22. Juli.

Grünberg i. Schl. Abends 6½ Uhr für Maurer und Bauhilfsarbeiter in

wesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 25. Juli:

Artern. Nachm. 11 Uhr im „Schwan“.

Cöln. Nachm. 11 Uhr im Volkshaus. L.-D.: Bericht von der General-

versammlung. Referent anwesend.

Lochau. Nachm. 3 Uhr bei Weber in Wagnitz.

Öffentliche Versammlungen.

Sonntag, den 25. Juli.

Cunnersdorf i. Riesengeb. Nachm. 11 Uhr in der „Petersburg“.

Regeln. Referent: Kollege Bohner.

Isolierer und Steinholzer.

Mittwoch, den 21. Juli.

Berlin. (Isolierer.) Rosenbergschicht vom zweiten Quartal. Anträge bei

Verbandsbes. Verbandsangelegenheiten

Zentralfrankentasse der Maurer usw.

Sonntag, den 18. Juli.

Gr.-Neuendorf a. d. O. Nachm. 9½ Uhr bei Wwe. Menzel.

Sonntag, den 25. Juli.

Dresden. Nachm. 11 Uhr im Volkshaus. L.-D.: Bericht von der General-

versammlung. Referent anwesend.

Gr.-Lichterfelde. Nachm. 9½ Uhr in Warenbörse Gesellschaftshaus, Börsen-

straße. L.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Referent anwesend.